



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2018/2021
12. Sitzung	Donnerstag, 28. November 2019 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Christian Keller, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmzähler	Andreas Baumgartner Ralph Hunziker
Anwesend	37 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Simon Knecht
Entschuldigt	Michael Jetzer Dan Meier Denise Hunziker
Ende der Sitzung	22.50 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2019/32	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	340
2	2019/39	Inpflichtnahme von Rolf Bachmann, Grüne, anstelle von Petra Rutschmann	341
3	2019/33	Wahlen 2. Hälfte Amtsperiode 2018/21 - Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates - Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrates - Wahl von 2 Stimmzähler/innen des Einwohnerrates - Wahl des Präsidenten/der Präsidentin der Finanzkommission	341
4	2019/02	Wahl eines Mitglieds in die Finanzkommission (Rücktritt Daniel Meier, CVP)	344
5		Kreditabrechnungen	345
	2018/19	Sanierung Zelgli-/Brühlstrasse (Wasser, Abwasser und Strasse)	
	2015/05	Sanierung Schulstrasse (Wasser, Abwasser, Strasse)	

	2009/157	Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Rieden	
	-/-	Sanierung Wasserleitung Wiedackerstrasse (Notmassnahme)	
	2018/30	Sanierung Feldstrasse (Wasser, Abwasser, Strasse)	
	2013/14	Werkleitungssanierung Hertensteinstrasse K427 (Projektierung) (Wasser, Abwasser, Strasse)	
	2014/24	Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Kirchdorf (Wasser, Abwasser, Strasse)	
	2016/28	Kindergartenprovisorium (Doppelpavillon)	
	2013/19	Ersatz Anlagensteuerung (Pumpwerk/Regenbecken)	
	2016/35	Teilsanierung GWP Aesch (Pumpenrevision + Ersatz Verbindungsleitungen)	
6	2019/28	Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal: Verpflichtungskredit für die Sanierung der Tragkonstruktion der Hallenbaddecke über CHF 1'685'000	346
7	2019/35	Erscheinungsbild Landstrasse K114: Verpflichtungskredit für die Fertigstellung des Entwicklungsrichtplanes und die Ausarbeitung eines Sondernutzungsplans (Rahmengestaltungsplan) von CHF 150'000	352
8	2019/34	Fliederstrasse/Birkenstrasse, Nussbaumen: a) Verpflichtungskredit von CHF 568'000 für Strassensanierungen b) Verpflichtungskredit von CHF 598'000 für Ersatz alter Wasserleitungen c) Verpflichtungskredit von CHF 201'000 für Kanalisationssanierungen	356
9	2019/36	Postulat SVP-Fraktion betreffend Bedarfsabklärung Massnahmen gegen Littering an den öffentlichen Entsorgungsplätzen der Gemeinde. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen	361
10	2019/37	Zwischenstand Legislaturziele 2018-2021	361
11	2019/38	Umfrage	363

Christian Keller, Präsident: Ich begrüsse Sie zur 12. Einwohnerratssitzung. Es ist die letzte Sitzung zur Legislaturhalbjahrzeit.

1 2019.32 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Christian Keller: Ihr habt die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten. Wir haben als zusätzliches Traktandum eine Inpflichtnahme. Besondere Aufmerksamkeit verlangt Traktandum 5 wegen der Sanierung des Hallenbads.

Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 3. November 2019 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrats vom 25. September 2019 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung des Budgets 2020 mit einem Gemeindesteuerfuss in Höhe von 105 %.

Ich habe zwei Rücktrittsschreiben bekommen. Eines von Petra Rutschmann, Grüne und mein eigenes. Beide Rücktrittsschreiben werden vorgelesen.

Entschuldigt für heute Abend haben sich Michael Jetzer und Dan Meier. Wie ich jetzt gehört habe, ist auch Denise Hunziker abwesend. Bitte Abwesenheitsmeldungen und Entschuldigungen jeweils an das Präsidium des Einwohnerrats richten.

Es sind also 36 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

Zu den **Mitteilungen: Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich habe eine Information des Gemeinderates an die Fiko: Anlässlich der Budgetsitzung vom 25. September 2019 im Einwohnerrat ist der Gemeinderat von der Fiko mit Vorwürfen konfrontiert worden, die er nicht auf sich sitzen lassen möchte. Ein Auszug: „Leider hat der Gemeinderat bis zum heutigen Tag nicht mitgeteilt, was für die Franken 10'000 und wofür die Franken 10'000 sein sollen. Die Finanzkommission wollte wissen, ob sie eine Liste haben könne, für was das Geld ausgegeben werden solle. Wir haben bis heute keine Antwort erhalten, weil sie es vermutlich selber nicht wissen.“ Ein anderes Zitat: „Es ist nicht nur bei diesem Posten so. Wir haben heute Abend gemerkt, dass es bei vielen anderen Anträgen auch so war. Als wir das Budget 2020 mit dem Gemeinderat besprochen haben, haben wir keine Auskunft erhalten. Die wissen nichts, und jetzt plötzlich kommen sie mit Details.“ So konnte der Eindruck entstehen, dass der Gemeinderat seine Hausaufgaben nicht gemacht und die Fiko bei ihrer Arbeit behindert hat. Der Gemeinderat hat daraufhin die Fiko zu einem klärenden Gespräch eingeladen. Die Diskussion mit allen Gemeinderäten und mit fast allen Fiko-Vertretern hat ergeben, dass die Vorwürfe an den Gemeinderat zu Lücken in der Kommunikation von der Fiko zurückgezogen wurden. Als Resultat des klärenden Gesprächs, das in einer guten Stimmung stattfand, sind für das kommende Jahr einige Änderungen beschlossen worden, die die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Fiko verbessern sollen. So die heutige Hoffnung.

Wir haben mit dem Parkraumkonzept und mit dem kommunalen Gesamtplan Verkehr gestartet und Stakeholder, Parteien, Quartiervereine, Verwaltung etc. sind bereits für den 12. Dezember 2019 zu einer ersten Beteiligungsveranstaltung eingeladen worden.

Nun zur OASE: Im Zusammenhang mit der geplanten Festsetzung im kantonalen Richtplan ruff der Grosse Rat für das Regionale Gesamtverkehrskonzept Ostargau (RGKV 2040) seit dem 18. Oktober 2019 bis Mitte Januar 2020 zur Mitwirkung auf. In diesem Zusammenhang hat der Kanton am 12. November 2019 im Gemeindesaal Obersiggenthal eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung aus dem Siggenthal durchgeführt. Es haben etwa 500 Personen teilgenommen. Wenn man das vergleicht mit Baden, wo nicht einmal 100 Personen dabei waren, ist das eine riesige Teilnahme. Die überparteiliche Siggenthaler Interessengemeinschaft OASE – So nicht (IG OSN) führt am kommenden Montag, 2. Dezember 2019, eine zusätzliche Informationsveranstaltung durch, um die Bevölkerung im Siggenthal zur Mitwirkung zu motivieren. Sie haben Flyer auf dem Tisch, die auf die Veranstaltung hinweisen. Auf jeden Fall ist die

Idee, dass die Veranstaltung, die auch im Gemeindesaal stattfindet, ebenfalls die Bevölkerung informiert und sie dazu motiviert mitzumachen. Es gibt auch eine Instruktion, wie man das am einfachsten macht. Es gibt bereits Vorlagen von der Interessengemeinschaft. Der Gemeinderat wird die Mitwirkung zusammen mit den Allianzgemeinden Untersiggenthal, Freienwil, Ehrendingen und Neuenhof in Form von einer gemeinsamen Stellungnahme mit jeweils gemeindespezifischen Ergänzungen dem Kanton übergeben. Die Argumente des Gemeinderates sind mit der Interessengemeinschaft abgestimmt.

Dann noch etwas zur Hertensteinstrasse: Der Baubeginn soll gemäss aktuellster kantonaler Planung ab April 2020 erfolgen. Einsprachen betreffend der geplanten Dosierstelle im Grüt, wo Lichtsignale vorgesehen sind, sind vom Kanton bisher noch nicht offiziell beantwortet. Wie man gehört hat, wird auch eine Verschiebung der Dosierstelle auf die Freienwiler Strasse vor der Abzweigung in Richtung Ennetbaden geprüft. Wir gehen davon aus, dass es auch so erfolgen wird, dass wir nicht die Zufahrt nach Ennetbaden verschliessen, wenn die Anlage aktiv ist.

Neueingänge: Christian Keller: Neue Anträge liegen nicht vor.

Zum **Protokoll** der Sitzung vom 25. September 2019 ist noch eine Kurrektur eingegangen:

Seite 315

Christian Buser, 1. Abschnitt:

"... Wir haben es dem Antrag gesehen, Wasser ist ein wertvolles Gut, ..."

Korrekt wäre:

"... Wir haben es mit der **Anfrage von Marco Erni betreffend Chlorothalonil** gesehen, Wasser ist ein wertvolles Gut, ..."

2 2019.39 Inpflichtnahme von Rolf Bachmann, Grüne, anstelle von Petra Rutschmann

Christian Keller: Rolf Bachmann wird Petra Rutschmann ablösen im Einwohnerrat. Inpflichtnahmen erfolgen gemäss Art. 2, Abs. 1, vom Geschäftsreglement des Einwohnerrates von Obersiggenthal. Ich bitte dich, Rolf, nach vorne zukommen, und die Anwesenden bitte ich, sich zu erheben. Die Inpflichtnahme erfolgt durch das Nachsprechen des Wortes: Ich gelobe es. «Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerates, die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.»

Du bist damit Mitglied des Einwohnerrates von Obersiggenthal mit den Rechten und Verpflichtungen, die sich aus dem Ratsreglement der Gemeinde ergeben. Ich heisse dich im Rat willkommen und wünsche dir alles Gute. Wir sind jetzt 37 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das Absolute Mehr beträgt weiterhin 19 Stimmen.

3 2019.33 Wahlen 2. Hälfte Amtsperiode 2018/21

- **Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates**
- **Wahl des Vizepräsidenten/ der Vizepräsidentin des Einwohnerrates**
- **Wahl von 2 Stimmzähler/innen des Einwohnerrates**
- **Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates**

Christian Keller: Wir wählen für die zweite Hälfte der Amtsperiode 2018/21. Wahlen werden gemäss § 30 Prozessreglement vom Einwohnerrat durchgeführt und dieses schreibt für die Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums geheime Wahlen vor. Im ersten Wahlgang gilt das Absolute und im zweiten Wahlgang dann das Relative Mehr. Leere und ungültige Stimmzettel werden in der Berechnung für das Mehr nicht mitgezählt. Sie haben die Zettel bekommen mit

den gemeldeten Kandidaturen. Weitere Vorschläge sind möglich. Es ist jedes Ratsmitglied wählbar. Wir fangen an mit dem Präsidium des Einwohnerrates für die Jahre 2020 und 2021. Es kandidiert Daniel Jenni von der CVP. Gibt es weitere Kandidaturen? Das ist nicht der Fall. Wie gesagt, jedes Ratsmitglied ist berechtigt. Die Stimmzettel für das Präsidium werden jetzt verteilt. Ist das Vorgehen klar?

Markus Renggli: Gibt es Informationen zu dem Kandidaten?

Christian Keller: Ja, gern, bitte schön.

Markus Renggli: Das ist so üblich, dass man den Kandidaten vorstellt. Die CVP/BDP-Fraktion präsentiert niemand Geringeren als das sogenannte Oberhaupt des Jenny-Clans. Er hat in der Tat den Beweis erbracht, dass er eine grosse Familie führen kann und er wird das auch mit uns so handhaben. Ein Resultat ist schon die erfolgreiche Anwerbung von zwei weiteren Einwohnerrätinnen in unserem Gremium. Ich denke, er managed das perfekt. Er hat u.a. auch andere Ämter schon längere Zeit innegehabt, z.B. den Vorsitz im Bezirksärzte-Verein, den er 10 Jahre präsidiert und deren Sitzungen er geleitet hat. Er kennt den Ablauf. Er ist jetzt sechs Jahre im Einwohnerrat, und ich hoffe, Sie werden alle seinen Namen auf den Zettel schreiben und die Wahl unterstützen. In diesem Sinne wünschen wir dir, Daniel, schon einmal alles Gute, falls du gewählt wirst.

Es werden keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen.

Christian Keller: Wir führen nun die geheime Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates durch.

Die Wahl des Präsidenten erfolgt schriftlich und ergibt folgendes Resultat:

Ausgeteilte Stimmzettel	37
Eingelegte Stimmzettel	37
Leere und ungültige Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	37
Absolutes Mehr	19

Stimmen haben erhalten:

Jenni Daniel, CVP	36
Marten Peter, FDP	1

Gewählt ist:

Jenni Daniel, CVP	36
-------------------	----

Unter kräftigem Applaus wird Daniel Jenni gratuliert.

Erich Schmid: Im Namen der CVP danke ich dem Rat für die gute Wahl von Daniel Jenni. Wir haben ein kleines Präsent für dich und gratulieren ganz herzlich.

Christian Keller: Wir führen nun die geheime Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrates durch. Als Kandidat ist Peter Marten gemeldet. Ich nehme an, dass die FDP auch eine Vorstellung vorbereitet hat.

Christoph Villiger: Ich habe keine Rede vorbereitet, aber ich kann euch Peter Marten wärmstens empfehlen für das Vizepräsidium. Sie kennen ihn alle. Er ein sehr aktives Mitglied in unserem Einwohnerrat, das sich nicht scheut, markige Worte zu einigen Themen zu bringen. Ich glaube, er hat es verdient, dass er das Vize-Amt antreten kann.

Es werden keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen.

Die Wahl des Vizepräsidenten erfolgt schriftlich und ergibt folgendes Resultat:

Ausgeteilte Stimmzettel	37
Eingelegte Stimmzettel	37
Leere und ungültige Stimmzettel	1
Gültige Stimmzettel	36
Absolutes Mehr	19

Stimmen haben erhalten:	
Marten Peter, FDP	36

Gewählt ist:	
Marten Peter, FDP	36

Unter kräftigem Applaus wird Peter Marten gratuliert.

Christian Keller: Jetzt kommen wir zur Wahl von zwei Stimmzählerinnen und Stimmzählern für die Amtsperiode 2020/21. Kandidaturen sind gemeldet: Sandra Hehli von der SVP und Nadine Meier von der FDP. Gibt es Fragen zu den Bewerberinnen? Gibt es weitere Kandidaturen? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich darum, die Wahlzettel zu verteilen.

Es werden keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen.

Die Wahl der zwei Stimmzählerinnen erfolgt schriftlich und ergibt folgendes Resultat:

Ausgeteilte Stimmzettel	37
Eingelegte Stimmzettel	37
Leere und ungültige Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	37
Absolutes Mehr	19

Stimmen haben erhalten:	
Meier Nadine, FDP	37
Hehli Sandra, SVP	36

Gewählt ist:	
Meier Nadine, FDP	37
Hehli Sandra, SVP	36

Unter kräftigem Applaus werden Nadine Meier und Sandra Hehli gratuliert.

Christian Keller: Als Letztes kommen wir zur Wahl vom Präsidium der Finanzkommission für die kommenden zwei Jahre. Uschi Haag, Präsidentin der Finanzkommission, stellt sich zur Wiederwahl. Möchte die Fraktion der SVP etwas dazu sagen? Wir kennen sie alle.

Es werden keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen.

Die Wahl der Präsidentin der Finanzkommission erfolgt schriftlich und ergibt folgendes Resultat:

Ausgeteilte Stimmzettel	37
Eingelegte Stimmzettel	37
Leere und ungültige Stimmzettel	8
Gültige Stimmzettel	29
Absolutes Mehr	15
Stimmen haben erhalten:	
Haag Ursula, SVP	26
Meier Ulrich, CVP	2
Hehli Sandra, SVP	1
Gewählt ist:	
Haag Ursula, SVP	26

Unter kräftigem Applaus wird Ursula Haag gratuliert.

Christian Keller: Ich bitte die Gewählten im Anschluss an die Sitzung bei Romana Hächler die Wahlannahme zu unterschreiben.

4 2019.02 Wahl eines Mitglieds in die Finanzkommission (Rücktritt von Daniel Meier, CVP)

Christian Keller: Wir kommen zu Traktandum 4, Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission als Ersatz vom zurückgetretenen Dan Meier. Gibt es hierzu Kandidaturen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Da keine Bewerbung vorliegt, wird die Ersatzwahl traktandiert, bis eine Bewerbung eintrifft.

5	Kreditabrechnungen
2018.19	Sanierung Zelgli-/Brühlstrasse, Kirchdorf (Wasser, Abwasser und Strasse)
2015.05	Sanierung Schulstrasse (Wasser, Abwasser und Strasse)
2009.157	Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Rieden
-/-	Sanierung Wasserleitung Wiedackerstrasse (Notmassnahme)
2018.30	Sanierung Feldstrasse (Wasser, Abwasser, Strasse)
2013.14	Werkleitungssanierung Hertensteinstrasse K427 (Projektierung) (Wasser, Abwasser, Strasse)
2014.27	Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Kirchdorf (Wasser, Abwasser, Strasse)
2016.28	Kindergartenprovisorium (Doppelpavillon)
2013.19	Ersatz Anlagensteuerung (Pumpwerk/Regenbecken)
2016.35	Teilsanierung GWP Aesch (Pumpenrevision + Ersatz Verbindungsleitungen)

Eintreten wird nicht bestritten.

Christian Keller: Für jede Kreditabrechnung ist immer der jeweilige Ressortleiter aus der Gemeinde verantwortlich. Es liegt keine Stellungnahme von ihnen vor. Die Finanzkommission sagt ebenfalls nichts dazu. Gibt es Wortmeldungen aus den Fraktionen?

Daniel Jenni: Wir von der CVP/BDP genehmigen alle Kreditabrechnungen. Das einmal vorneweg. Wir sind froh, dass einige Kreditabrechnungen vorliegen, denn es gibt noch immer einen Stau. Wir hoffen, dass die Effizienz unter dem Geschäftsleitungsmodell noch zunimmt und es in Zukunft etwas schneller geht. Uns ist aufgefallen, dass wir die höchste Negativdifferenz bei der Notfallübung haben. Wir sollten uns bewusst sein, dass, wenn wir Sachen aufschieben, wenn wir gerade Wasserleitungen spät genehmigen, es am Schluss teuer kommt, und zwar viel teurer, als wenn wir Sachen ordnungsgemäss machen, dann wenn sie fällig sind. Wir haben eine Anmerkung zur Werkleitungssanierung Landstrasse. Obwohl diese eine Kantonsstrasse ist, muss die Gemeinde trotzdem bezahlen. Uns stört daran, dass wir kein Mitbestimmungsrecht haben über die Kantonsstrasse. Wir zahlen zwar für die Sanierung und die Arbeiten, aber mitbestimmen können wir nicht. Im Kanton Zürich ist das anders. Im Kanton Zürich können die Gemeinden z.B. die Geschwindigkeit bestimmen auf den Kantonsstrassen. Sie können sagen, dass nur 30 gefahren wird auf der Strasse. Wir schlagen vor, ob nicht der Gemeinderat bzw. der Gemeindeammann auf Gemeindeebene so etwas im Kanton Aargau initiieren möchte. Das ist die Bemerkung dazu. Ansonsten genehmigen wir alles.

Christian Keller: Gibt es weitere Voten von Ratsmitgliedern? Dann schlage ich vor, dass wir die Genehmigungen in globo vornehmen, d.h. dass wir die Punkte zusammennehmen und durchwinken. Ist jemand gegen das Vorgehen? Wünscht jemand, dass wir alle oder einzelne Kreditabrechnungen einzeln abstimmen? Das ist nicht der Fall. Das ist gut, dann kommen wir speditiv vorwärts.

Abstimmung

a)	Sanierung Zelgli-/Brühlstrasse (Wasser)	CHF 261'768.35
b)	Sanierung Zelgli-/Brühlstrasse (Abwasser)	CHF 6'018.75
c)	Sanierung Zelgli-/Brühlstrasse (Strasse)	CHF 43'656.30
d)	Sanierung Schulstrasse (Wasser)	CHF 322'945.50
e)	Sanierung Schulstrasse (Abwasser)	CHF 134'226.00
f)	Sanierung Schulstrasse (Strasse)	CHF 206'360.20
g)	Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Rieden (Wasser)	CHF 784'602.55
h)	Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Rieden (Abwasser)	CHF 531'347.80
i)	Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Rieden (Strassenbel.)	CHF 124'451.20
j)	Sanierung Wasserleitung Wiedackerstrasse („Notmassnahme“)	CHF 341'150.45
k)	Sanierung Feldstrasse (Wasser)	CHF 143'090.60
l)	Sanierung Feldstrasse (Abwasser)	CHF 10'614.35
m)	Sanierung Feldstrasse (Strasse)	CHF 89'567.00
n)	Projektierung Werkleitungssanierung Hertensteinstr. (Wasser)	CHF 18'784.85
o)	Projektierung Werkleitungssanierung Hertensteinstr. (Abwasser)	CHF 26'141.45
p)	Projektierung Werkleitungssanierung Hertensteinstr. (Strassenbel.)	CHF 3'515.40
q)	Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Kirchdorf (Wasser)	CHF 190'489.80
r)	Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Kirchdorf (Abwasser)	CHF 1'690.60

s)	Werkleitungssanierung Landstrasse K114, Kirchdorf (Strassenbel.)	CHF 23'287.35
t)	Kindergartenprovisorium (Doppelpavillon)	CHF 828'376.95
u)	Ersatz Anlagensteuerung (Pumpwerk/Regenbecken)	CHF 77'344.60
v)	Teilsanierung Grundwasserpumpwerk Aesch	CHF 190'244.80

Die Kreditabrechnungen werden mit 37 Ja-Stimmen und 0 Nein-Stimmen genehmigt.

6 2019.28 Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal: Verpflichtungskredit für die Sanierung der Tragkonstruktion der Hallenbaddecke über CHF 1'685'000

Eintreten nicht bestritten

Peter Stucki, Gemeinderat: Nachdem wir am 24. November 2019 einen Informationsanlass mit 32 anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten durchgeführt haben, und nachdem seitdem keine weiteren Fragen bei mir eingegangen sind, möchte ich heute Abend unseren Antrag für die Sanierung von der Hallenbaddecke nur noch kurz zusammenfassen. Im Auftrag vom Einwohnerrat ist im letzten Jahr das Vorprojekt für das Hallen- und Gartenbad ausgearbeitet worden. Dafür hat man das Schwimmbad untersucht und es ist festgestellt worden, dass die Decke vom Hallenbad statische Problem aufweist und in den nächsten zwei bis fünf Jahren saniert werden muss. Es ist festgehalten worden, dass die Decke in diesem Sommer noch einmal geprüft werden muss, damit festgelegt werden kann, wie und wann sie instandgesetzt werden soll. Nachdem der Einwohnerrat das erste Vorprojekt am 29. November 2018 abgelehnt hat, ist entschieden worden, die Decke in der normalen Jahresrevision in diesem Sommer zu untersuchen, damit eine Schliessung des Hallenbades während der Wintersaison vermieden werden kann. Während der Untersuchung hat man im Juli mit der Entnahme von Betonproben festgestellt, dass auch die Aufhängung von der Holzakustikdecke grössere Schäden aufweist und aus Sicherheitsgründen demontiert werden muss. Das hat der Gemeinderat sofort ausführen lassen. Nachdem ein erster provisorischer Untersuchungsbericht von der Betondecke vorgelegen hat, hat der verantwortliche Ingenieur die Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit von dem Gebäude strikt abgelehnt. Daraufhin hat der Gemeinderat das Gebäude sofort schliessen lassen, die Wiedereröffnung des Hallenbads untersagt und die Ausarbeitung der heutigen Vorlage veranlasst. Mit der Rückweisung des Vorprojekts für die Gesamtrevision des Hallen- und Gartenbads hat der Einwohnerrat vor einem Jahr verlangt, dass ein neues Vorprojekt aufzeigen soll, wie der Betrieb für die nächsten fünf bis zehn Jahre sichergestellt werden kann. Das verlangte neue Vorprojekt liegt jetzt noch nicht vor. Die Arbeiten dafür konnten erst im September anfangen, weil es dazu den Untersuchungsbericht der Betondecke brauchte und dieser erst am 19. September 2019 verfügbar war. Das neue Vorprojekt ist derzeit in Arbeit und wird am 28. Mai 2020 dem Einwohnerrat und am 27. September 2020 dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Würde der Gemeinderat auf den heutigen Antrag und damit auf eine vorgezogene Sanierung der Betondecke verzichten und die Sanierung der Hallenbaddecke als einen Teil vom erwünschten Vorprojekt erst im nächsten Jahr vorlegen, könnten wir das Schwimmbad im besten Fall erst im September 2021 wieder eröffnen. Bei einer so langen, zweijährigen Schliessungszeit würde alles, was für den erfolgreichen Betrieb des Hallen- und Gartenbads aufgebaut worden ist und was es bekannt und beliebt gemacht hat, verloren gehen. Das Personal und Stammgäste könnten nicht gehalten werden, Vereine und Kurswesen müssten sich auflösen, Schulen müssten nicht nur für ein paar Monate, sondern für zwei Jahre den Sportunterricht improvisieren und redimensionieren. Um dieses Szenario zu vermeiden, möchte der Gemeinderat die Hallenbaddecke vor der Fertigstellung des Vorprojekts jetzt schon sanieren. Damit könnte das Gartenbad im Frühling und das Hallenbad im Sommer wiedereröffnet werden und damit kann das Schwimmbad nach

einem Ausfall von nur einer Hallenbadsaison in seiner bekannten und beliebten Art für die nächsten 5 bis 10 Jahre erhalten werden. Ich bitte den Einwohnerrat, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Eugen Frunz: Die SVP-Fraktion hat kontrovers und ausgiebig über den Antrag der Badsanierung beraten. Vor einem Jahr hat der Einwohnerrat den Antrag für eine Sanierung über CHF 15 Mio zurückgewiesen. Heute sind wir keinen Schritt weiter. Es liegt noch kein Konzept über eine Komplettsanierung vor, und ich persönlich bezweifle, dass dies bis Mai 2020 vorliegt bzw. im September zur Abstimmung kommt. Die SVP Obersiggenthal ist grundsätzlich für den Erhalt des Schwimmbads. Aber, das ist hinlänglich bekannt, nicht um jeden Preis. Vom Gemeinderat wird immer wieder der Standortvorteil von unserem Schwimmbad für unsere Gemeinde ins Feld geführt. Ich möchte einmal wissen, wo die Vorteile liegen für unsere Gemeinde, die daraus entstehen sollen. Nachschlagen kann man sie wohl nirgendwo. Welche Erhebungen wurden gemacht, dass der Gemeinderat so etwas ins Feld führt? Haben wir Zuzüge, die nur erfolgten, weil wir ein Schwimmbad haben? Oder sind Personen wegen des Schwimmbads nicht weggezogen aus Obersiggenthal? Ich hätte gerne eine Antwort auf diese Frage. Für mich besteht gegenüber den umliegenden Gemeinden kein Vorteil durch unser Schwimmbad. Der Bürger von Untersiggenthal kann es genauso nutzen wie ich nur mit einem Unterschied: Er muss mit seinen Steuern nicht das Defizit decken. Es ist ein Standortvorteil für die ganze Region – das stimmt -, aber definitiv nicht für Obersiggenthal. Von daher muss man, wenn man das Bad saniert, unbedingt auch die Beteiligungen der Nachbargemeinden am Defizit fixieren, und zwar bevor man einen Franken investiert. Wir leisten da einen Dienst am Standortvorteil der Region, zahlen aber alles aus dem eigenen Sack. Bis jetzt haben wir uns die Defizitdeckung von rund 2 Steuerprozent leisten können und wollen. Wenn ich die finanzielle Situation der Gemeinde anschau, wäre eine Entlastung in diesem Bereich sicher erstrebenswert. Uns ist klar, dass die Schulen auf das Schwimmbad angewiesen sind. An der Präsentation hat Herr Glettig uns schön aufgezeigt, dass sie zu wenig Sport-/Schulfläche haben in der Turnhalle und im Schwimmbad. Ab 2023 haben wir auch mit dem Hallenbad, bzw. dem kompletten Schwimmbad und den Turnhallen immer noch zu wenig Fläche, deshalb wird von der Seite noch ein zusätzlicher Antrag irgendwann kommen für eine Sporthalle, von der sie jetzt sagen, dass wir die Sporthalle mit dem Schwimmbad sparen könnten. Die Abschreibungsdauer und die Nutzungsdauer sind für mich nicht ganz deckend. Die Ingenieure haben an der Präsentation von einer Nutzungsdauer von 15 bis 20 Jahre gesprochen, bis man die Decke wieder sanieren muss, abgeschrieben wird aber über 35 Jahre. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass dies eine kantonale Abschreibungsvorgabe ist, aber damit schreiben wir es länger ab, als wir es nutzen können. Wir fragen uns nach wie vor, ob nicht ein kompletter Neubau der Decke nachhaltiger wäre, denn so hätten wir für 40 bis 50 Jahre Ruhe und nicht nur 15 bis 20. Für uns ist klar, dass dieses Vorgehen teurer wäre und das Bad länger geschlossen bleiben müsste, aber die Überlegung muss man sich bei einer Sanierung des Bads unbedingt machen. Leider hat der Gemeinderat uns an der Infoveranstaltung auf diese Frage keine Antwort geben können. Vielleicht kann er das heute nachholen. Wir möchten, dass das Volk über die Sanierung abstimmen kann, bevor wir – losgelöst vom Gesamtsanierungsbedarf – CHF 2 Mio in die Decke stecken. Es kann doch nicht sein, dass wir CHF 2 Mio investieren und die Bevölkerung erst nachher fragen, ob das Schwimmbad saniert werden soll. Dabei ist heute für uns noch nicht klar, was die späteren Arbeiten kosten werden. Sind es fünf, sechs oder vielleicht doch 10 Mio Franken? Für uns ist das Vorgehen eine Salami-Taktik. Jetzt CHF 2 Mio für eine notfallmässige Dachsanierung, denn, wenn das Volk vielleicht Nein sagt zu einer Gesamtsanierung, nochmal einige paar Millionen für das Sanieren der Schwimmbecken im Aussenbereich, so dass diese notfallmässig weiterbetrieben werden können, und so weiter. Zuletzt ist das Schwimmbad saniert, und das Volk hat Nein gesagt, und es wird einfach von uns so durchgeführt. Für uns ist der Antrag auf Teilsanierung der falsche Weg. Wir möchten nur einmal, und zwar über die komplette Sanierung, abstimmen. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

Ralph Hunziker: Die SP Fraktion hat mit grossem Bedauern vom schlechten Zustand der Hallenbaddecke Kenntnis genommen im letzten Sommer. Sicher sind bereits einige Millionen die

Limmat hinuntergeflossen für das Hallenbad. Ich möchte nicht die ganze Chronologie der Erschliessung noch einmal aufwärmen, aber zwei Sachen sind uns wichtig für die Sanierung der Decke: Erstens der Dank an den Gemeinderat und an die Verwaltung für die überaus schnelle und zweckmässige und vorbildliche Handlung mit der Schliessung des Hallenbads im Sinne der Sicherheit, so dass es keinen Personenschaden gibt. Ebenso vorbildlich und schnell hat die Schule reagiert, finden wir. Sie hat Notlösung gesucht, organisiert und kommuniziert. Wir möchten aber da festhalten: Es sind Notlösungen, die unbefriedigend sind. Kommen wir zum Verpflichtungskredit. Folgende Überlegungen haben uns bei unserer Entscheidung begleitet: Erstens, die SP befürwortet den Erhalt des Hallen- und Gartenbads bedingungslos. Damit verbunden ist irgendwann auch einmal eine Gesamtrenovation, wann auch immer die kommen wird. Der nun vorliegende Kreditantrag ist ein integraler Bestandteil der Gesamtsanierung und muss einfach gemacht werden. Es ist nichts Neues und nicht Überraschendes, es kommt jetzt einfach früher, zeitlich vorverlegt. Zweitens, in einer Gemeinde wie Obersiggenthal mit Flussanschluss ist es wesentlich, ja fast schon lebenserhaltend, wenn Kinder sich im Wasser und ums Wasser bewegen können. Dass das Hallenbad und somit der Schwimmunterricht in unserer Gemeinde weiterhin ausfallen sollen, kommt für die SP nicht in Frage. Drittens, auch wir hätten gewünscht, dass die Hallenbaddecke im Einklang mit der Gesamtrenovation durchgeführt werden könnte. In einer idealen Welt wäre das so passiert. Es ist aber nicht der Fall. Wer den Kredit jetzt ablehnt und das Gesamtprojekt abwartet oder die Bevölkerung mit ins Boot nehmen will zum Thema Wasser, riskiert, dass das Hallenbad noch einen zweiten Winter geschlossen bleibt. Das ist eine Art Politik, für die wir kein Verständnis haben. Zum vierten und letzten Punkt: Mit einer Zustimmung verlieren wir eigentlich gar nichts. Die Synergieeffekte waren an der Infoveranstaltung gut aufgelistet. Im Gegenteil wir gewinnen sehr viel. Das Hallenbad kann wieder eröffnet werden auf den nächsten Herbst. Der Sommer soll auch garantiert werden, es ist nicht ganz klar wie es im anderen Fall weitergehen würde. Das Personal bleibt erhalten und somit auch das technische Know-How über die Anlage, was einige unterschätzen. Der ordentliche Schwimmunterricht der Schule kann wieder gewährleistet werden ab nächstem Herbst und möglichst viele Gäste bleiben uns erhalten. Private Schwimmkurse haben Planungssicherheit für ein Jahr. Und vielleicht noch etwas in eure Richtung: zu guter Letzt gibt es auch einen gewissen Zeitfaktor, den wir gewinnen für die Gesamtsanierung. Wir können das in Ruhe ausarbeiten und müssen es nicht in einer hektischen Phase noch in dieses Jahr reinnehmen, wo doch die Zeit drängt. Wenn wir das Dach haben, haben wir auch wieder mehr Zeit für solche Gedanken. Aus all diesen Gründen stimmt die SP-Fraktion dem Verpflichtungskredit über knapp CHF 1.7 Mio zur Sanierung der Tragkonstruktion der Hallenbaddecke einstimmig zu.

Peter Marten: Die bei der Infoveranstaltung und in der Aktenaufgabe gezeigten Fotos zeigen den Sanierungsbedarf von der Hallenbaddecke klar und unmissverständlich auf. Der sehr schlechte Zustand der Decke hat uns in seinem Ausmass überrascht und zugegebenermassen ein Stück weit schockiert. Der umgehende Beschluss vom Gemeinderat, das Hallenbad per sofort zu schliessen, ist richtig und notwendig gewesen. Könnten wir auf der grünen Wiese einen Wunschzettel für die Sanierung des Hallen- und Gartenbads skizzieren, würde für uns jetzt die Ausarbeitung eines Gesamtprojekts anstehen. Das würde es erlauben, dass dem Stimmvolk von Obersiggenthal das gesamte Projekt, Kosten dafür und Auswirkungen auf den Steuerfuss transparent aufgezeigt werden könnten. In einer Abstimmung hätten wir von der Bevölkerung ein klares Bekenntnis für das Hallen- und Gartenbad oder gegen das Hallen- und Gartenbad. So wie sich die Lage im Moment präsentiert, ist das nicht möglich. Es wäre zwar möglich, aber der Preis, den wir dafür zahlen müssten, wäre eine längere Phase, in der zumindest das Hallenbad nicht nutzbar wäre. Das wollen wir der Schule nicht zumuten, auch wenn die Schulleitung aufgezeigt hat, dass sie in der Lage ist, sehr rasch nach Lösungen zu suchen und auch Lösungen zu finden und das sehr gut organisiert hat. Der Entscheid heute, der Sanierung der Hallen- und Gartenbaddecke zuzustimmen, ist aus unserer Sicht noch kein Vorentscheid über den weiteren Betrieb des Hallen- und Gartenbads. Aus unserer Sicht handelt es sich jetzt um das Aufrechterhalten des Betriebs, so dass das Hallen- und Gartenbad weiter genutzt werden kann, bis entweder ein Entscheid für die Sanierung oder für die Schliessung durch das Volk gefällt worden ist. Selbst bei einem negativen Entscheid des Stimmvolks zum Hallen- und Gartenbad ist es nicht so, dass man einen Monat später den Schlüssel drehen

und das Hallen- und Gartenbad zumachen müsste. Es ist wohl eher so, dass man das Hallen- und Gartenbad mit dem neuen Dach weiterbetreiben kann und damit Zeit gewinnt, um z.B. weitere Turnhallenkapazitäten zu planen und zu realisieren. So gesehen ist die Zustimmung zum heutigen Kredit eine Art Option für die Aufrechterhaltung einer gewissen Handlungsfreiheit der Gemeinde. Zum Kredit selber haben wir grundsätzlich keine Frage mehr. Der Handlungsbedarf und das Vorgehen sind auf der Infoveranstaltung aufgezeigt worden. Aus unserer Sicht ist allerdings die Variante „Ersatz von der Betondecke“ zu kurz gekommen bzw. nur rudimentär abgehandelt worden. Im Bericht der LPM AG vom 14. August 2019 ist diesbezüglich notiert worden, dass „aus wirtschaftlichen Überlegungen ist unter Umständen auch ein Ersatz der Betondecke zu prüfen“ sei. Wir hätten das gerne gesehen, denn auch nach der Sanierung der Decke bleibt sie eine Decke mit rund 50 Jahren auf dem Buckel. Für uns ist das Fehlen dieser Variante zwar schade, aber wir sehen die Notwendigkeit der Sanierung, so wie sie jetzt präsentiert wurde. Wir unterstützen daher mehrheitlich den Antrag des Gemeinderats.

Urs Müller: Die Fraktion der Grünen ist ganz klar der Meinung, dass wir die Sanierung der Hallenbaddecke jetzt gutheissen sollen. Eine weitere Verzögerung hätte verschiedene sehr negative Konsequenzen für das Bad. Sie sind zum Teil schon aufgezählt worden. Es gäbe eine Abwanderung von Stammgästen, gutes Personal müsste entlassen werden und die Schule müsste einen weiteren Winter mit einem Notprogramm durchstehen. Das ist nicht einfach, ich kann Ihnen das sagen. Ich habe eine Zeitlang den Stundenplan gemacht. Die Schule musste wirklich einiges machen, damit sie einigermaßen durch den Winter gekommen sind. Wir möchten nicht, dass sie dieses im nächsten Winter noch einmal machen müssen. Dass die Sanierung im September verschoben worden ist, verstehen wir. Es ist wirklich zu kurze Zeit gewesen, um die ganze Vorlage durchzuarbeiten. Inzwischen haben wir aber eine Orientierung durch den Gemeinderat gehabt, die sehr klar gewesen ist. Sie hat alles aufgezeigt und war ehrlich. Ich glaube, jetzt können wir über das Geschäft befinden. Zum Schluss noch einen Hinweis an Eugen Frunz: Ich bin nicht der Meinung, dass der Gemeinderat eine Salami-Taktik fährt. Es ist einfach eine Notwendigkeit gewesen, dass die Sanierung der Decke vorgezogen werden musste. Natürlich wäre es begrüßenswert, wenn die gesamte Sanierung auf einmal hätte vorgelegt werden können, aber dass es so nicht geht, ist sicher keine taktische Angelegenheit. Ich möchte darum bitten, dem Kredit zuzustimmen.

Daniela Graubner: Wir haben in der EVP die Vorlage diskutiert und bedanken uns für die Informationsveranstaltung vom 14. November 2019. Wir haben an diesem Abend viele Informationen bekommen, die uns in der Vorlage gefehlt haben. Und wir haben Einblick bekommen, was die Verwaltung und die Leitung des Hallen- und Gartenbads investiert haben, um für Personal und Bad eine Lösung zu finden. Die EVP steht explizit für den Erhalt und die Weiterführung des Hallen- und Gartenbads. Die sofortige Schliessung ist natürlich „szenario worst case“ und hat die Leitung des Bads und den Gemeinderat vor schwierige Entscheidungen gestellt. Heute haben wir die unangenehme Situation, einen Verpflichtungskredit sprechen zu müssen, ohne den positiven Volksentscheid zum Bad. Die EVP ist aber überzeugt, dass das Bad zu Obersiggenthal gehört und dass es von Obersiggenthal befürwortet wird. Wir sagen Ja zum Verpflichtungskredit, damit der Betrieb voraussichtlich Ende Sommer 2020 wiederaufgenommen werden kann. Wir sind uns bewusst, dass wir heute noch kein Gesamtkonzept vorliegen haben und nicht wissen, wie der Entscheid an der Urne im September 2020 ausfallen wird zum Projekt Erhalt Hallen- und Gartenbad. Ja, es ist vielleicht ein Risiko, heute Ja zu sagen zum Gesamtkonzept ohne Volksentscheid. Wir aber stehen zu unserem Ja und fordern gleichzeitig eine genaue Aufklärung der Bevölkerung, welche Gesamtkosten mit der dazugehörigen Steuerfusserhöhung auf uns zukommen. Die EVP legt grossen Wert darauf, dass keine endlose Wunschliste in das Konzept kommt, sondern nur Arbeiten, die für den Erhalt zwingend notwendig sind.

Andreas Baumgartner: Die CVP/BDP hat das Traktandum auch besprochen und möchte sich als erstes beim Gemeinderat bedanken für die informative Veranstaltung, an der viele Fragen geklärt werden konnten. Die Veranstaltung hat viel dazu beigetragen, uns eine fundierte Meinung bilden zu können. Merci vielmal. Wenn Sie, verehrte Anwesende, an die Vorzüge von Obersiggenthal denken, dann kommt Ihnen wahrscheinlich zuerst die sonnige Südhanglage

in den Sinn. Die ist gratis, die kann uns niemand wegnehmen oder streitig machen. Weiterhin hat Obersiggenthal eine sehr gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr, gute Schulen, ein aktives Vereinsleben. Das Betreuungsangebot für Jung und Alt ist mittlerweile recht gut ausgebaut. Was uns aber klar von anderen Gemeinden unterscheidet, ist ein eigenes Garten- und Hallenbad und da haben wir das Gefühl, dass sei weit mehr als nur ein Standortvorteil. Wir von der CVP/BDP sind davon überzeugt, dass wir uns in Obersiggenthal das Hallen- und Gartenbad aus folgenden Gründen leisten sollten: Erstens, alle Obersiggenthaler und Obersiggenthalerinnen – ich gebe zu, auch Personen ausserhalb von der Gemeinde Obersiggenthal – können von dem Schwimmbad profitieren. Ein Rückbau des Schwimmbads wäre ein massiver Leistungsabbau für die Bevölkerung. Zweitens können alle Schüler und Schülerinnen, die in Obersiggenthal zur Schule gegangen sind, nach dem obligatorischen Schulunterricht fundiert und gut schwimmen und können sich nicht nur knapp über Wasser halten. Das ist nach dem Schwimmkonzept der Schule gewährleistet. Mit regelmässigem Schwimmunterricht werden die Vorgaben für den Schulunterricht nach dem Lehrplan 2021 auch erfüllt und es sind keine unnötige Transfers notwendig, um einen normalen Schwimmunterricht gewährleisten zu können. Schwimmen ist auch eine Art Kulturtechnik und das Erlernen dieser Fähigkeit sollte möglichst vielen Personen ermöglicht werden. Dazu braucht es Schwimmbecken. Müssen Schwimmlektionen der Schule durch Turnlektionen ersetzt werden, braucht es zusätzliche Hallenkapazitäten. Das ist vorher schon mehrfach genannt worden. Ausserdem werden in den kommenden Jahren die Sommer sicher nicht kühler und die Hitzeperioden werden länger und ausgeprägter sein. Das heisst auch, der Bedarf nach Abkühlung, der sich schlussendlich in den Besucherzahlen des Schwimmbads niederschlägt, wird sicher nicht abnehmen, sondern er wird in der nächsten Zeit sicher eher zunehmen. Aus dem Grund macht der Rückbau des bestehenden Schwimmbads absolut keinen Sinn. Als sechsten Punkt haben wir notiert: Das Hallen- und Gartenbad ist in unserer Gemeinde einer der wenigen Generationen-Begegnungsorte. Im Schwimmbad trifft man über Kleinkinder bis Jugendliche und Erwachsene das ganze Spektrum von unserer Gesellschaft an. Der Wert von so einem Generationen-Begegnungsort mit gegenseitigen Berührungspunkten ist nicht zu unterschätzen. Aus den obengenannten Gründen ist für uns klar, dass man für unsere Bevölkerung das ganze Schwimmbad so schnell wie möglich wieder zugänglich machen sollte. Das ist aber nur dann möglich, wenn man die Decke jetzt sofort saniert. Alle anderen Varianten würden längere Betriebsunterbrüche und eine Schliessung nach sich ziehen. Ein längerer Betriebsunterbruch würde diverse Nachteile bringen, die zum Teil schon erwähnt wurden: Abwanderung von Stammgästen, das vorhandene, ausgezeichnete Personal, das sich mit Herzblut für das Schwimmbad einsetzt und innovative Ideen hat, würde abwandern; das könnten wir dann sicher nicht halten. Schwimm- und Tauchkurse würden ausgelagert in andere Schwimmbäder, unsere Schule müsste aufwändig nach Lösungen suchen, damit ein minimaler Schwimmunterricht gewährleistet werden könnte. Wir haben auch den Gewöhnungseffekt als wichtig empfunden. Je länger das Hallenbad stillsteht, desto mehr gewöhnen sich daran. Es gibt auch ein Leben ohne Hallenbad. Man gewöhnt sich daran. Das wissen Sie aus eigener Erfahrung: Wenn man etwas Liebgewonnenes nicht mehr hat, dann spürt man das am Anfang am meisten und mit der Zeit gewöhnt man sich daran und arrangiert sich mit der Situation. Wir sind überzeugt, dass je länger das Hallenbad geschlossen bleibt, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass es nicht mehr eröffnet wird. Zusätzlich ist auch mit Stillstandschäden zu rechnen, wenn das Hallenbad längere Zeit nicht gebraucht wird.

Die CVP/BDP stellt sich klar hinter das Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal. Wir haben uns allerdings gefragt, was passiert bei einem möglichen Nein bei der Volksabstimmung über das Hallen- und Gartenbad. Wir sind der Meinung, dass im schlimmsten Fall das Schwimmbad mit einer sanierten Decke noch weiter betrieben werden könnte, ohne andere Investitionen sofort tätigen zu müssen. Man hätte dann ein repariertes, wenn auch kein saniertes Schwimmbad, das man noch eine gewisse Zeit betreiben und gebrauchen könnte. Aus den obengenannten Gründen unterstützt die CVP/BDP den Antrag auf knapp CHF 1.7 Mio ganz klar.

Christian Keller: Eugen, deine Fraktion hat Fragen geäussert und um Beantwortung gebeten. Könntest du die Fragen bitte noch einmal vortragen?

Eugen Frunz: Es waren zwei Fragen. Die eine betrifft den Standortvorteil, wie der berechnet wird, oder ob er nur ein Bauchgefühl ist. Die zweite Frage war, warum statt der Reparatur der Decke der Neubau der Decke nicht stärker geprüft wurde.

Peter Stucki, Gemeinderat: Zum Standortvorteil: Nein, es ist mir nicht bekannt, dass Personen oder Familien, die nach Obersiggenthal zügeln oder von hier wegzügeln systematisch danach befragt werden, ob sie wegen des Hallen- und Gartenbads hierher zügeln oder wegzügeln. Aber 48 Jahre lang hat das Volk von Obersiggenthal das Hallen- und Gartenbad getragen - seit 1973 jährlich mit einem Betriebsdefizit. Der Einwohnerrat und das Volk haben über Jahre hinweg jedem Antrag für Unterhalt, Wartung und Erhalt des Hallenbads zugestimmt. Über 100'000 Eintritte pro Jahr sind für mich Beweis genug, dass es ein Standortvorteil ist, dass es beliebt ist, dass es in der Umgebung bekannt ist.

Der zweite Grund ist, dass ich mir kaum getraute bzw. mir kaum vorstellen kann, dass wir öffentlich in der Schweiz bekannt geben, dass wir nicht in der Lage und nicht willens sind, nach 48 Jahren das Bad zu erhalten. Es gibt Gemeinden, die das machen. Aber dort, denke ich, liegt nicht unser Vergleichspunkt. Es wäre ein horrender Renommee-Verlust für Obersiggenthal in unserer Gegend und unserem Kanton, wenn wir das nicht erhalten könnten.

Die Frage nach der Lebensdauer von Beton bzw. Betonmatten: Der Bericht wurde im August von der LPM AG publiziert, aber den abschliessenden Betonuntersuchungsbericht haben wir erst am 19. September vorgelegt bekommen. Darin kann man nachlesen, dass die Sanierung von der Betondecke das Richtige wäre. Ich habe dies mit Erich Schmid, einem Ingenieur, der die Sache versteht, besprochen. Mir ist nicht bekannt, dass er seine Staumauern nach 48 Jahren abreißen muss. Ich wage die Behauptung, dass ich gelernt habe, dass Beton ein Werkstoff ist, der die Eigenschaft hat, mit dem Alter besser zu werden vorausgesetzt, dass kein Wasser eintritt und die Armierungseisen angreift. Dann erst hat man ein Problem. Das Bestimmen des Betonwerkes oder eine Zukunftsperspektive, ob es 5, 10, 25 oder 1'000 Jahre hält, ist schwierig abzugeben. Du darfst mich korrigieren, wenn ich das sage: Ich persönlich gehe davon aus, dass eine Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt eine extrem lange Lebensdauer haben würde, die man gar nicht so genau vorhersagen kann. Solange kein Wasser eintritt und der Beton in sich geschlossen bleibt, kann er quasi eine unendlich lange Lebensdauer haben. Du darfst hier widersprechen, du bist der Fachmann. Der Ingenieur, den die Gemeinde beauftragt hatte, ist heute nicht anwesend. In diesem Sinne ist die Lebensdauer der Sanierung deutlich höher anzusetzen, als es bisher gesagt wurde, aber da gibt es einen Ingenieur, der die Verantwortung trägt und etwas in Aussicht stellen muss.

Christian Keller: Damit würde ich gerne die Diskussion mit Einzelvoten eröffnen. Vielleicht beginnen wir mit der Antwort von Erich Schmid auf die Ausführungen des Gemeinderates.

Erich Schmid: Das, was Peter gesagt hat, stimmt. Beton wird immer härter, das ist ein chemischer Vorgang im Produkt. Er wird immer härter, je älter er wird. Das Hauptproblem ist wirklich das Eindringen von Wasser resp. der pH-Wert, den der Beton aufweist aufgrund des Eindringens. Das, was der Ingenieur gesagt hat, ist konservativ. Ich persönlich sage, der hält wesentlich länger.

Wenn ich das richtig sehe, ist das Hauptproblem der SVP, dass wir Geld ausgeben, damit das Hallenbad genutzt werden kann, obwohl sie gleichzeitig sagt, dass sie nicht gegen das Schwimmbad ist. Ihr solltet bedenken: Je länger wir warten, desto teurer wird die Sache. Wenn wir dem SVP-Antrag zustimmen würden, würden wir Mehrkosten generieren. Verschiedene Votanten hat bereits erwähnt, dass die Badmeister-Equipe entlassen werden müsste, obwohl sie aus meiner Sicht gut, sogar sehr gut ist. Ob wir Personen mit der gleichen Qualität wieder einstellen könnten, sei dahingestellt. Das wäre ein weiterer Kostentreiber. Wir hätten verschiedene Abwanderungen von Schwimmern und dadurch Mindereinnahmen und – dessen müssen wir uns bewusst sein – wir hätten mehr Investitionen. Die ganze Anlage altert weiter und wir haben Installation da drin, die Geld kosten. Wir reden nicht von zehntausenden Franken jeden Monat, aber es ist Geld, das zusätzlich anfällt. Ich schätze mal 5'000 oder 10'000 Franken – ich weiss es nicht – die monatlich dazukommen. Das ist ausgewiesen in der

Kostenzusammenstellung die die Kunz AG gemacht hat im Zusammenhang mit den Installationen. Wenn wir jetzt noch ein ganzes Jahr warten, bis das Konzept fertig ist, dann beträgt die Dachsanierung bereits CHF 1.8 Mio. Diese Mehrkosten müssen eingerechnet werden.

Carol Demarmels: Ich möchte gern auf zwei Punkte eingehen. Der eine ist der Schwimm- und Turnunterricht. Es wurde mehrfach gesagt, dass schnell Lösungen dafür gefunden wurden. Das stimmt so weit, aber wir dürfen nicht vergessen, dass dies eine Notlösung ist, die wir jetzt ein Jahr aushalten. Grundsätzlich ist der Schwimmunterricht im Lehrplan enthalten. Wenn wir das Bad noch ein weiteres Jahr geschlossen halten, müssten andere Lösungen gesucht werden, d.h. wir müssten in einem anderen Schwimmbad Schwimmunterricht anbieten. Das müssen auch andere Gemeinden, wie z.B. Untersiggenthal, die zu uns zum Schwimmunterricht kommen. Und die werden dann eventuell die andere Lösung aufrechterhalten. Also so wie es jetzt läuft, wird es der Kanton nicht mehr akzeptieren für ein weiteres Jahr.

Ich kann das mit der Volksabstimmung sehr gut nachvollziehen. Mir wäre es auch lieber, wir könnten sie vorziehen, aber das können wir jetzt einfach nicht. Wir sind leider in dieser Lage. Das ist untypisch für mich, wenn wir das nicht demokratisch abstützen können. Aber fragen wir uns, was unser Bauchgefühl sagt: Wir sind alle sehr gut verankert hier, wir sind in vielen Vereinen und kennen viele Leute. Viele von uns wohnen sehr lange hier. Mein Bauchgefühl sagt: Das Volk will das Garten- und Hallenbad. Schlussendlich sind wir gewählt vom und für das Volk.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Gemeinderat: Für das Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal wird ein Verpflichtungskredit für die Sanierung der Tragkonstruktion der Hallenbaddecke über CHF 1'685'000 bewilligt.

Dem Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Christian Keller: In der Zwischenzeit hat uns Mara Jenni verlassen, die im Prüfungsstress ist. Wir sind jetzt 36 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das Absolute Mehr beträgt weiterhin 19.

7 2019.35 Erscheinungsbild Landstrasse K114: Verpflichtungskredit für die Fertigstellung des Entwicklungsrichtplanes und die Ausarbeitung eines Sondernutzungsplans (Rahmengestaltungsplan) von CHF 150'000

Eintreten wird nicht bestritten.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Vision, die vorliegt, geht hervor aus einem Projektwettbewerb, an dem drei spezialisierte Teams mitgemacht haben, und zwar aufgrund von einer klaren Aufgabenstellung. An der Informationsveranstaltung vom 20. August 2019 ist dem Gemeinderat, dem Einwohnerrat und den zuständigen Kommissionen das Resultat von Phase 3 anhand von einem Leporello entlang der Landstrasse K114 in Obersiggenthal vorgestellt worden. Die Darstellung von den Entwicklungsthese als Leporello hat erlaubt, bildhafte Vorstellungen über die künftige Entwicklung des gesamten Strassenraums entlang der Landstrasse zu entwickeln und stellt eine hervorragende und weit gediehene, richtplanartige Grundlage für die Erstellung eines formellen Entwicklungsrichtplans dar. Der Kanton hat in seinem Schreiben vom 5. November 2018 seine Beurteilung abgegeben. Ich zitiere: „Die nach Richtplan gefor-

derte planliche und bauliche Aufwertung der Verkehrsachsen und des angrenzenden Siedlungsgebiets umfasst stadträumliche Aspekte (Nutzung, Dichte, architektonische Prägung), landschaftliche Aspekte (Grünflächen, Freiräume, Grünstrukturen) und Strassenelemente (Raumsicherung, Strassenelemente, Regelquerschnitte). Die vorliegenden Entwicklungsthesen enthalten zentrale Festlegungen mit allen wesentlichen Elementen der Strassenraumaufwertung. Die Form und Darstellung für dieses strategische Papier ist übersichtlich, klar und zweckmässig.“

Phase 4 baut auf den bisherigen Arbeiten auf. Sie hat zum Ziel, den Entwicklungsrichtplan Landstrasse fertig zustellen und den Sondernutzungsplan, auch Rahmengestaltungsplan, Landstrasse zu erstellen. Damit sollen die Entwicklungsabsichten der Behörden und schlussendlich auch der Grundeigentümer verbindlich gesichert werden.

Die Abstimmung mit dem OASE Projekt hat der Kanton so beurteilt: „Eine Abstimmung mit dem Projekt OASE hat bereits stattgefunden. Dabei wurde festgehalten, dass die Entwicklungsthesen grundsätzlich in keinem Widerspruch zum OASE Projekt stehen und dass die Studie gut in das stadt- und freiräumliche Zielbild der OASE passt.“ Dazu kann ich noch sagen, dass im Hinblick auf die OASE, die das regionalen Gesamtverkehrskonzept Ostaargau widerspiegelt, die grosse Chance wahrgenommen werden soll, die vorhandenen klaren Vorstellungen über die funktionalen und gestalterischen Anforderungen zu sichern. Somit erhält die Gemeinde einen attraktiven Strassenraum mit hoher Qualität von den angrenzenden Siedlungsbereichen. Die Umsetzung der Entwicklungsthesen wird auf unterschiedlichen Ebenen erfolgen über eine lange Zeit. Es ist wichtig, dass man mit einer Festigung der Entwicklungsthesen beginnt. Dazu schreibt der Kanton: „Wir danken der Gemeinde dafür, dass sie diesen sehr wichtigen Prozess angestossen hat. Wir sind überzeugt, dass alle Beteiligten (Kanton, Gemeinde, Investoren, Grundeigentümer) davon profitieren können. Mit diesem Prozess kann ein nachhaltiger Umgang der Landstrasse und des Zentrumsabschnitts der Hertensteinstrasse in eine „Stadtstrasse mit entsprechender Siedlungs- und Freiraumqualität in den ersten Bautiefen erfolgen.“ Es ist ein weitergehendes Projekt und nicht morgen fertig. Ich möchte noch dazu sagen, dass die Information der Bevölkerung Bestand von Phase 4 ist. Wir haben nicht im Vorfeld bereits die Bevölkerung informiert, weil wir keinen konkreten Plan haben. Wir müssen zuerst mit dem Projekt starten, dann gibt es Informationen und Mitwirkungen für die Bevölkerung. Das ist Bestandteil der Phase 4. In diesem Sinne bitte ich Sie, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, dem Antrag des Gemeinderates zu folgend und ihm zuzustimmen.

Theo Flückiger: Die SP unterstützt den Antrag. Das Erscheinungsbild Landstrasse begleitet uns jetzt schon relativ lang. In 2016 wurde gestartet. Es ist ein Prozess, der aus unserer Sicht sehr vorbildlich aufgegleist wurde. Es wird von verschiedenen Seiten, u.a. vom Kanton, als gute Arbeit angesehen, bei dem man schrittweise in die Tiefe gegangen ist und bei dem man jetzt an einem Punkt ist, das Ganze konkret werden zu lassen. Bis jetzt sind alle Papiere schöne Absichtserklärungen, gute Konzepte, aber bis jetzt ist alles noch unverbindlich. Erst mit dem Schritt, der jetzt geplant ist, wird das zu einem Instrument, das uns wirklich nützt. Bis jetzt haben wir Geld ausgegeben für etwas, das erarbeitet wurde mit einem klaren Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es den nächsten Schritt. Wenn wir diesen nicht machen, haben wir einen Papiertiger ohne Zähne kreiert. Das ist sicher nicht das Ziel des Projekts. Wir verstehen die Einwände, die kommen werden, bezüglich OASE, bezüglich Mitwirkung. Wenn man die OASE anschaut, sieht man ganz klar, dass der Zeithorizont 20 Jahre beträgt. Das Papier aber ist jetzt brauchbar. Der Gemeinderat kann Bewilligungsverfahren nur darauf abstützen, wenn das Papier umgesetzt ist. Wenn wir auf die OASE warten wollen, warten wir noch lange. Die OASE zeigt eine Perspektive von ca. 24'000 Fahrzeugen, die durch Obersiggenthal geschleust werden sollen als Maximum. Schauen wir die Zahlen an: Im Jahr 2013 waren es im Boldi 21'400 Fahrzeuge, aktuellere Zahlen gehen von 23'000 Fahrzeugen aus. Ich behaupte, wir sind heute schon bei den 24'000 Fahrzeugen. Also können wir auch heute schon planen, wir haben ja die Planungswerte der OASE. Die 24'000 Fahrzeuge sind die Basis. Was ist das Ziel der OASE? Als Obersiggenthaler kann man sagen, möglichst flüssig den Verkehr durch Obersiggenthal durchzuschleusen. Das ist ein Aspekt. Aber das Papier, das hier erarbeitet werden soll, hat ganz andere Überlegungen. Da geht es sehr zentral darum, dass wir Erlösung für unsere Dörfer finden. Da geht es um viel mehr als nur um Verkehr. Da geht es um raumplanerische Werte. Man betrachtet den Strassenraum von Fassade bis Fassade und hört nicht am Strassenrand

auf. Da geht es um Vorgärten und was dort passiert. Es geht um Nutzungen von Gebäuden. Wollen wir im Erdgeschoss Ladennutzung, oder soll die Landstrasse ein Schlauch werden, so wie es stellenweise in Untersiggenthal vorhanden ist? Das sind sicher keine Qualitäten, die wir anstreben. Mit dem Werkzeug können wir mitreden und bestimmen, was entstehen soll. Es geht wirklich um Qualität von unserem Dorf und nicht nur um den Strassenraum als Durchgangsstrasse. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir nicht warten, bis der Kanton uns etwas vorgibt. Wir bestimmen in unserem Dorf und das machen wir jetzt, damit wir bereit sind, wenn die OASE kommt. Wir sehen auch, dass die Mitwirkung der Anstösser ein wichtiges Thema ist, aber das ist ja auch mit dem nächsten Schritt eingeplant. Es ist nicht nur erwähnt, sondern gehört zum nächsten Schritt dazu.

Unser Antrag ist klar: Stimmt dem Antrag zu, denn wir wollen keinen Papiertiger.

Stefan Semela: Das Geschäft für den Verpflichtungskredit über CHF 150'000 für die Entwicklung des kommunalen Richtplans für die Landstrasse K114 und des für die Grundeigentümer verbindlichen Rahmennutzungsplans – das ist etwas, was es noch nie gegeben hat in dem Kanton, das ist ein Primeur – ist in der Fraktion sehr kontrovers diskutiert worden. Am Ende sind wir zu dem Konsens gekommen, dass in der derzeit völlig unklaren Lage, in welche Richtung die OASE geht – und die ist einfach zentral, denn die produziert den Verkehr auf der Strasse – können wir im Moment dem Projekt nicht zustimmen. Es ist im Moment für uns nicht vorhersehbar, wohin die Reise geht. Wir sind der Meinung, dass wir nicht die OASE abwarten müssen, sondern den Richtplanprozess und der geht nicht 20 Jahre. Die Festlegung der OASE im Richtplan ist der Prozess, der jetzt läuft mit der Mitwirkung bis zum 17. Januar 2020, und danach geht es weiter. In den nächsten Jahren wissen wir, was im Richtplan vorgesehen ist mit der OASE. Die Umsetzung der OASE wird noch sehr lange dauern. Aber nach der Festsetzung wissen wir, wohin die Planung geht. Wir sehen derzeit auch keine Dringlichkeit für weitere Planungsschritte. Dann geben wir umsonst Geld aus. Die Grundlagen haben wir. Für die Umsetzung müssen wir die betroffenen Grundeigentümer begrüßen und deren Meinung abholen, bevor wir Geld für einen Prozess sprechen. Die CHF 150'000 langen dann bis zum Schluss, bis zum verbindlichen Sondernutzungsplan. Jetzt sollen wir erst einmal die Bevölkerung und vor allem die direkt betroffenen Grundeigentümer abholen, denn wir planen bei denen im Vorgarten. Soweit ich sehe, ist deren Meinung noch nie abgeholt worden. Nachher wird dann auch die Richtplanfestsetzung der OASE vollendet sein und dann kann man noch einmal darüber diskutieren, ob wir den Kredit sprechen wollen, um die finalen Arbeiten anzustossen. Wir sehen das Problem, zum jetzigen Zeitpunkt zu planen, und wüssten gern mehr vom Gemeinderat, der Varianten erarbeitet und Visionen entwickelt hat, ohne uns spüren zu lassen, wo es langgehen sollen. Wir wollen die Visionen sehen und die Meinung der Grundeigentümer und dann entscheiden wir, wie es weitergehen soll. Wir beantragen, das Geschäft zurückzuweisen.

Christian Keller: Ist das ein Rückweisungsantrag?

Stefan Semela: Ja. Wir lehnen es nicht ab, wir wollen es nur nicht jetzt. Deshalb muss darüber direkt abgestimmt werden. Wir können unseren Antrag aber auch zurückhalten, bis alle Fraktionsvoten durch sind.

Urs Müller: Die Rückweisung ist also noch nicht in Kraft?

Christian Keller: Ja.

Urs Müller: Für uns von den Grünen ist es eigentlich logisch, dass wir das Projekt, das wir vor einigen Jahren in Angriff genommen haben, weiterführen. Wir sind uns allerdings nicht einig über den Zeitpunkt. Wir stehen mitten im Anhörungsprozess zum Gesamtverkehrskonzept OASE. Wir wissen alle, was der Kanton uns mit dem Bau vom Tunnel zumutet. Die Landstrasse ist bereits heute eine von den meistüberlasteten Ortsdurchfahrten im Kanton. Der gesetzlich zulässige Lärmgrenzwert wird schon ohne OASE bei über 150 Liegenschaften an der Landstrasse überschritten. 2'300 Bewohner sind betroffen. Dass der Kanton jetzt uns als Pilot nimmt, ist nicht zufällig. Denn eigentlich hält ihre Planung gar nicht Stand. Ich bin der Meinung – und

das ist jetzt meine persönliche Meinung, wir sind uns da nicht einig –, dass man den Kredit jetzt nicht sprechen sollte, sondern warten, was bei der Anhörung herauskommt und bei der Festsetzung im Richtplan im nächsten Jahr. Wir möchten, dass wir gleich behandelt werden wie Baden. Wir möchten eine Verkehrsentslastung, wie Baden sie bekommen wird. Wir dürfen nicht jetzt die Landstrasse verkehrstauglich machen. Das ist ein Teil von dem, was wir machen, mit dem Plan. Wir müssen zuerst den Verkehr siedlungstauglich machen, d.h. wir müssen uns dafür einsetzen, dass dort nicht noch mehr Verkehr entsteht. Theo hat von den vom Kanton prognostizierten 24'000 Fahrzeugen gesprochen. Das ist ein «best case». Wir wissen im Siggenthal seit der Brücke, dass wir mit dem «worst case» rechnen müssen und der geht gegen 30'000. Der Schwerverkehr wird wahrscheinlich auch noch zunehmen mit der neuen Brücke in Koblenz, die kommt. Wir sollten darum die Vorlage – und da würde ich persönlich der FDP recht geben – jetzt zurückweisen. Es kommt da nicht auf ein weiteres Jahr an. Die Planung ist sehr langfristig, aber wir müssen nicht warten bis die OASE kommt, das ist klar, sondern wir müssen abwarten, was in Aarau im nächsten Jahr passiert. Anschliessend haben wir jede Freiheit, den Kredit in einem Jahr zu sprechen. Die Planung ist im Grundsatz gut, der Zeitpunkt ist aber nicht richtig.

Christian Buser: Die CVP/BDP-Fraktion erkennt im Entwicklungsrichtplan Landstrasse sowie in der parzellen-verbindlichen Sondernutzungsplanung zwar ein wichtiges Instrument zur Steuerung einer langfristigen attraktiven Entwicklung entlang der Landstrasse, beurteilt den Zeitpunkt des Antrages an den Einwohnerrat jedoch als falsch. Im August 2018 wurde dem Einwohnerrat in Form eines attraktiven Leporellos die Entwicklungsthesen zur Landstrasse K114 präsentiert. Diese wurden in der Folge jedoch nicht weiter oder nur in einem eingeschränkten Kreis diskutiert. Ebenso hat eine damals angeregte öffentliche Informationsveranstaltung bis heute nicht stattgefunden. Aus Sicht der CVP/BDP-Fraktion sollte daher die eine Projektphase nicht gestartet werden, wenn die vorhergehende, für die Akzeptanz grundlegende Projektphase nicht sauber abgeschlossen wurde. Ebenso stört sich die Fraktion an der etwas euphorischen Formulierung: „...die Arbeiten der bisherigen Phase sind auf breite Zustimmung gestossen...“, fragt sich nur bei wem? Bekanntlich stösst die OASE bei der kantonalen Verwaltung auch auf breite Zustimmung, womit wir auch beim dritten Punkt sind. Solange nicht klar ist, wohin OASE führt und wie Obersiggenthal letztlich davon betroffen sein wird, sollte die Gemeinde auch nicht CHF 150'000 investieren für eine Planung desselben betroffenen Bereichs entlang der Landstrasse. Der Start einer Planung in 1.5 bis 2 Jahren – wenn die Entwicklung von OASE hoffentlich klarer ist – erscheint der Fraktion früh genug. Wir werden dem Rückweisungsantrag der FDP, wenn er kommt bzw. wenn er „scharf gestellt wird“ zustimmen.

Lukas Füglistler: Wir haben das Traktandum in unserer Fraktion besprochen. Wir sind grossmehrheitlich der Meinung, dass die Planung jetzt in die Hand genommen werden sollte und die Phase 4 eingeläutet wird. Ob der Zeitpunkt jetzt richtig oder falsch ist, kann immer diskutiert werden. Man kann es so sehen wie beim Schwimmbad: Je länger man wartet, wird es nicht günstiger. Man hat drei Phasen gemacht und jetzt kann man sagen, wir warten noch ein Jahr oder zwei. In zwei Jahren weiss die Hälfte vom Rat nicht mehr im Detail, was diskutiert worden ist und was das Ziel war. Die verschiedenen Kommissionen sind beteiligt gewesen im Prozess in allen drei Phasen. Von daher ist die Planung in den Kommissionen breit abgestützt ebenso im Einwohnerrat, denn wir haben in 2015 zum Kredit über CHF 260'000 ja gesagt. Jetzt kommt die OASE, das stimmt. In diesem Geschäft geht es aber nicht um die Landstrasse selber, sondern um den Raum neben der Landstrasse, so wie Theo es bereits gesagt hat. Dementsprechend sind wir grossmehrheitlich dafür, dass wir jetzt die vierte Phase auslösen und die CHF 150'000 genehmigen und dann die Bevölkerung, die an der Landstrasse wohnt, informieren und mit ins Boot nehmen und sie an dem Prozess mitarbeiten lassen.

Christian Keller: Bei mir liegt ein Rückweisungsantrag vor und die Fraktionen hatten Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Vor der Abstimmung über den Rückweisungsantrag möchte Dieter Martin noch etwas dazu sagen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte anmerken, dass wir mit oder ohne OASE voraussichtlich wirklich mit 30'000 Fahrzeugen rechnen müssen. Es werden nicht weniger Autos erwartet, ausser wir erfinden ein neues Mobilitätskonzept, das dieses Problem lösen würde. Grundsätzlich ist es so, dass die Planung auf 30'000 Fahrzeugen pro Tag basiert. Das ist das Maximum, das einigermaßen erträglich auf der Strasse rollt. Ein weiterer Hinweis zum Rückweisansatz der FDP: Ich kann damit leben, den Kredit zurückzustellen, wenn noch Befürchtungen vorhanden sind. Aufgrund der heutigen Unterlagen haben wir keinerlei konkrete Sachen. Wir haben Skizzen. Das Leporello ist eine Vision, es ist nicht vermessen. Das einzige, das vermessen ist, ist die Strassenbreite. Wieviel Land wir jetzt sicherstellen müssten und in welchem Zeitraum, dies passieren muss, und wie das rechtlich aussieht, das ist derzeit nicht bekannt. Das müssen wir noch erarbeiten im Rahmen des Projekts, und da bitte ich darum, dass wir zumindest diesen Teil nicht zurückstellen, sondern rausnehmen. Wir können die Leute einladen und das Leporello vorstellen, aber es wird einen Aufstand geben und wir haben nichts Konkretes. Darum finde ich es einen unglücklichen Antrag, wenn man jetzt verlangt, dass wir die Leute informieren, ohne dass man einen konkreten Plan hat.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung

Antrag der FDP-Fraktion: Der Verpflichtungskredit von CHF 150'000 für die Planung des Erscheinungsbilds Landstrasse K114 wird zurückgewiesen.

Dem Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

- 8 2019.34 Fliederstrasse/Birkenstrasse, Nussbaumen:**
a) Verpflichtungskredit von CHF 568'000 für Strassensanierungen;
b) Verpflichtungskredit von CHF 598'000 für Ersatz alter Wasserleitungen;
c) Verpflichtungskredit von CHF 201'000 für Kanalisationssanierungen

Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Stucki, Gemeinderat: Im Rahmen der langfristigen Werterhaltungsplanung für die gemeindeeigene Infrastruktur von Strassen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist die Sanierung von der Flieder- und Birkenstrasse in Nussbaumen für die beiden kommenden Jahre vorgesehen. Die Sanierung ist im Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2020 und 2021 enthalten. Die Fliederstrasse bis zum Kirchweg Ost verzweigt sich am oberen Ende, südlich der Hertensteinstrasse, nach links und rechts. Für den Fussgänger- und Veloverkehr bildet sie eine wichtige Verbindung zum Hertenstein und ist eine alternative Route zur Hertensteinstrasse. Die Birkenstrasse biegt hinter der katholischen Kirche von der Fliederstrasse nach rechts ab. Beide Strassen sind mit Tempo 30 belegt und enden für Autos als Sackgassen. Es besteht kein Durchgangsverkehr. Das Projekt ist mit den anderen Werkseigentümern abgestimmt. Die egs plant einen Erweiterungsbau im Bereich Fliederstrasse und die Regionalen Werke Baden planen eine Erweiterung ihrer Erdgasversorgung im ganzen Bauperimeter. Hochwasserschutzmassnahmen mit Blick auf den Nüechtalbach sind nicht notwendig. Das Projekt ist mit dem kantonalen Projekt „Sanierung Hertensteinstrasse“ abgestimmt. Die Fliederstrasse soll während einer temporären Sperrung der Hertensteinstrasse als alternative Route für Fussgänger und Velofahrer genutzt werden können. Bei diesem Projekt ist erstmalig die Verkehrskommission zur Gestaltung des Strassenraums hinzugezogen worden. Ihre Ideen sind in die vorliegende Vorlage eingeflossen. Ich bitte den Einwohnerrat, dem Antrag zuzustimmen.

Ursula Spinnler: Die FDP unterstützt einstimmig den Antrag für die Sanierung der Flieder- und Birkenstrasse inklusive Ersatz von allen Wasserleitungen und der Sanierung der Kanalisationsleitungen. Wir stellen keinen Antrag, möchten dem Gemeinderat aber folgende Projektänderungsideen mit auf den Weg geben:

Erstens: Das Trottoir zwischen der Parkplatzeinfahrt zur katholischen Kirche und der Abzweigung Birkenstrasse sollte bestehen bleiben, weil das von vielen Schülern, anderen Fussgängern und Kirchgängern stark genutzt wird. Wenn die schwächsten Verkehrsteilnehmer auf die Fahrbahn ausweichen müssen, ist das uneres Erachtens keine gute Lösung.

Zweitens: Das Trottoir im unteren Bereich der Fliederstrasse sollte so belassen werden, wie es jetzt ist, damit vor allem die drei Parkfelder klar vom Trottoir abgegrenzt sind und das Überfahren des Trottoirs beim Parkieren nicht möglich ist. Das Trottoir als Fussgängerschutz. Auf die beiden geplanten Bäume sollte verzichtet werden. Sie machen die Strasse unübersichtlicher.

Markus Renggli: Wir unterstützten den Antrag des Gemeinderates. Wir haben die Unterlagen durchgearbeitet und haben einige Kritikpunkte. Wir waren erstaunt, dass die Verkehrskommission am Projekt beteiligt war und darauf Einfluss genommen hat oder eventuell zu einer anderen Beurteilung gekommen ist. Für uns war es schwierig, nachzuvollziehen, was Vor- und Nachteile der beiden Varianten der Trottoirverläufe sind. Da es keinen Antrag gibt, werden wir zu den Ausführungsvarianten keine Stellung nehmen, sondern warten ab, was der Gemeinderat zur Ausführung vorschlägt.

Peter Huber: Die SVP hat die Unterlagen angeschaut. Es ist unbestritten, dass undichte und marode Leitungen in unserer Gemeinde ersetzt werden müssen. Zusätzlich ist der gesetzliche Löschschutz zu gewährleisten. Das Punktesystem, das wir haben, zeigt auf, dass es nötig ist. Es ist zu hoffen, dass die neue Transportleitung zum Reservoir Grütt schon gebaut ist, bevor die alte abgebrochen wird. Das Einbeziehen der Verkehrskommission und der Anwohner ist eine begrüssenswerte Lösung. Auch bei uns ist die Ausgestaltung der Strasse diskutiert worden. Wir finden es sehr speziell und schlagen vor, dass diese noch einmal angeschaut wird. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Marco Erni: Die SP-Fraktion ist einstimmig für den Antrag. Wir haben uns bei der Fliederstrasse getroffen und haben vor Ort die Frage nach dem Trottoir diskutiert und uns eine Meinung gebildet. Sehr wichtig erscheint uns, dass man den Gehwegbereich wie vorgesehen absenkt und nicht mehr ca. 10 cm Trottoirhöhe bestehen bleibt. Ich sage Ihnen auch warum: Ich wohne selber im oberen Bereich der Fliederstrasse und habe Kinder, die aus dem Kindergartenalter heraus sind. Wenn man von oben herab schlendert, läuft man mitten auf der Strasse, da sie dort kein Trottoir hat. Ich kann das als Flanierbereich nutzen, denn die Autofahrer kommen langsam und haben gute Sicht, so dass man einander ausweichen kann. Dann kommt man in den unteren Bereich der Strasse und wird dort auf das Trottoir gezwungen. Mit dem Kinderwagen muss man die 10 cm erst einmal heraufkommen. Ab dort fühlt man sich verdrängt von der Strasse. Ab dort soll die Strasse unsicher und gefährlich sein? Dabei hat es doch nur noch die Birkenstrasse die verkehrsmässig dazu kommen. Richtigerweise muss man auf das Trottoir ganz verzichten. Man müsste das Land an die Kirche verkaufen. Damit könnte man noch Geld einnehmen. Dieser Vorschlag ist aber zu radikal für das Gremium hier, deshalb sagen wir: Wenn schon dann müssen wir das Trottoir niedrig halten, damit es kein krasser Übergang ist zwischen oben und unten. Das signalisiert auch den Autofahrern, die kommen, dass es kein sicheres Trottoir gibt und sie vorsichtiger fahren müssen. Es gibt viele andere Orte, wo das so gehandhabt wird, und das ist ein Erfolgsmodell. Es ist nicht mehr zeitgemäss auf einer verkehrsberuhigten Quartierstrasse ein so hohes Trottoir zu haben.

Ein wenig speziell finden wir, dass man die Grünrabatte vergrössert. Das ist tatsächlich ein Bereich, der eine hohe Aufenthaltsqualität hat, in dem man auch immer wieder Personen sieht, die sich dort aufhalten. Ich denke, es wäre schade, diesen Bereich der Natur und Hunden und Katzen zu überlassen, sondern man sollte es den Menschen erhalten und das Trottoir auf tiefem Niveau von unten bis oben stehen lassen. Wir werden einen Projektänderungsantrag einreichen, dass man auf die Grünrabatte verzichten soll.

Wir haben die Parkfelder diskutiert und die Frage gestellt, für was es die braucht. An jedem Einfamilienhaus hat es Parkplätze und an der neuen Liegenschaft mit 15 Wohnungen gibt es

eine Einstellhalle. Die Bewohner können an der Strasse günstiger parkieren als in ihrer Einstellhalle. Ich nehme an, dass es dort noch Parkplätze hat, die man mieten könnte. Wir sehen den Bedarf für die Parkfelder nicht. Wenn schon, müsste man sie auf die andere Strassenseite versetzen, weil dadurch die Fahrzeuge, die von oben kommen gebremst würden. Das ist unser Vorschlag, den wir aber nicht als Projektantrag einreichen werden, sondern bei dem wir darum bitten, dass er geprüft wird. Wenn die Parkfelder dort bleiben, wo sie eingezeichnet sind, können wir auch damit leben.

Wir möchten den Antrag genehmigen und den Projektänderungsantrag einreichen: Auf die Grünrabatte bei der Einmündung Birkenstrasse/Fliederstrasse zu Lasten des Gehwegbereichs sei zu verzichten.

Christian Keller: Peter Stucki, möchtest du zu dem Gesagten noch Stellung nehmen?

Peter Stucki, Gemeinderat: Wenn ich mir überlege, was wir machen können und auf was wir gerne verzichten würden, ist das, dass der Antrag angenommen wird und von da und dort Wünsche gekommen sind. Wir müssen aber eigentlich exekutieren, was geschrieben ist und nachher gibt es Einsprachen im Baubewilligungsverfahren. Das würden wir gerne vermeiden. Ausschliessen können wir es nicht, darauf haben alle Anwohner ein Recht. Aber ich hoffe, dass der Einwohnerrat heute einen eindeutigen Entscheid trifft. Das ist wichtig, weil es sehr lange hinausgezögert wurde und wir es bald machen müssen. Und es ist verhängt mit der Hertensteinstrasse. Auf der Hertensteinstrasse ist das Timing genau abgestimmt. Da müssen wir für den Langsamverkehr eine Sperrung für eine kurze Zeit ausführen und dann brauchen wir die Fliederstrasse. Deswegen wäre es gut, wenn wir heute einen Beschluss fassen könnten, was wir dort bauen sollen. Über den Preis wurde bereits informiert.

Es sind Anfragen an die Gemeindeverwaltung gekommen, ob mit oder ohne Grünrabatte, mit oder ohne Trottoir. Das verändert den Preis nicht so stark, dass es ins Gewicht fallen würde. Wir haben eine Toleranzgrenze für alle Varianten. Und ich denke, dass diese mit dem Antrag gedeckt sind. Irgendwo müsste auch die FDP einen klaren Antrag stellen, was sie will. Daraufhin müsste der Einwohnerrat entscheiden, was gebaut werden soll.

Christian Keller: Ich bin bis vor kurzem Präsident der Verkehrskommission gewesen und erlaube mir deshalb, hier etwas zum Inhalt zu sagen. Das Geschäft ist bei uns gewesen und wir haben es angeschaut aus dem Blickwinkel der Verkehrssicherheit. Statt des Trottoirs ist eine Wassersteinreihe vorgesehen, damit das Wasser abfließt und die optisch den Gehwegbereich von der Fahrbahn abtrennt. Das ist im unteren Teil, im Bereich der Kirche. Es macht keinen Sinn dort ein erhöhtes Trottoir vorzusehen. Es soll auch für die Fussgänger bequem sein. Der andere Punkt ist, dass der unterste Teil von der Gestaltung her noch nicht geplant ist. Unsere Überlegungen dazu waren, dass man den Übergang zwischen der Fliederstrasse und dem Kirchweg zu einem späteren Zeitpunkt – aufgrund des Zustands des Kirchwegs wird man ihn auch bald sanieren müssen – so gestalten kann, dass das Tempo reduziert wird, Schleichverkehr vermieden wird und die Sicherheit gewährleistet wird. Darum sind die untersten ca. 20 Meter von der Gestaltung her nicht fertig geplant. Es ist aber so geplant, dass es kompatibel ist für verschiedene Lösungen. Das zur Diskussion, die wir in der Verkehrskommission geführt haben.

Robert Wyss: Ich arbeite in der Kirche. Ich vertrete aber jetzt nicht das Votum der Kirche, sondern ich habe meine Erfahrungen dort. Es ist so, dass oben an der Kirche die Parkplatzanlage der Kirche ist. Dazu gehören auch die Parkplätze an der Fliederstrasse. Wir haben ein Klientel, das etwas älter ist, und es macht Sinn, dass die über ein abgegrenztes, ob nun hoch oder tief, Areal in die Kirche laufen können. Nicht nur ohne Treppe, sondern auch hindernisfrei. Ich plädiere dafür, im oberen Teil das Trottoir zu erhalten. Bei den Bäumen ist es so, dass bei den Parkfeldern in einem schönen, dominanten Winkel ein Baum eingesetzt werden soll. Das finde ich schade. Das gleiche gilt für oben bei der Gabelung. Da wurde dem Liegenschaftsbesitzer vorgeschrieben: Parkfelder mit einem Baum. Er hat dort eine Kastanie. Vor der setzt man noch einen Baum davor. Das finde ich nicht unbedingt optisch sinnvoll. Wenn man den Verkehr etwas beruhigen will, dann gibt es die Möglichkeit von Blumentöpfen wie unten im Kirchweg. Die kann man, wenn nötig, auf die Seite stellen oder wenn das nicht passt, können sie

rangiert werden. Besser einen Topf hinstellen, der mobil ist, als einen Baum. Das Areal der katholischen Kirche hat ein massives Unterhaltsdefizit. Seit über 15 Jahren steht im Finanzplan die Platzsanierung an. Es ist schade, dass das Projekt bereits steht, denn die Kirche ist noch nicht so weit mit ihrem Projekt. Die Umsetzung ist für 2021 vorgesehen. Es gibt auch einen Bereich der nicht umgesetzt wird, weil das Projekt noch in Planung ist. Die Wasseranschlüsse für das Areal müssen erneuert werden. Ich bitte darum, dass man sich nochmals mit der Kirchenpflege in Verbindung setzt, denn dort können allenfalls Ressourcen genutzt werden. Ich weiss nicht, wie dringend die Leitungssanierungen sind, ob die eventuell noch für 1 Jahr aufgeschoben werden können, und ich weiss nicht, ob die Kirche dann parat ist. Ich sage einfach, denkt etwas grösser und bezieht die Anstösser mit ein.

Ursula Spinnler: Ich habe einen Antrag, bin aber nicht sicher, ob ich die Bäume noch aufnehmen muss.

Christian Keller: Wir haben zwei Anträge. Die SP verlangt, dass die Grünrabatte, die zulasten des Trottoirs geht, weggelassen wird. Die FDP verlangt, dass das Trottoir so belassen wird, wie es heute ist, und dass auf die geplanten Bäumen verzichtet wird. Der Antrag der SP ist demnach im Antrag der FDP enthalten. Sehe ich das richtig?

Marco Erni: Es geht noch um die Trottoirhöhe. Da müssen wir uns noch einigen. Die Bäume müssten eventuell als separater Antrag aufgenommen werden. Wir beraten uns kurz, damit wir sinnvolle Anträge machen können.

SP und FDP sind sich einig, dass das Trottoir belassen werden soll und dass keine Grünrabatte ausgeführt wird. Die FDP möchte das Trottoir oben und SP möchte es unten haben.

Eugen Frunz: Planungs- und Verkehrskommissionen haben an dem Projekt mitgearbeitet. Es sind alle Parteien mehr oder weniger in den Kommissionen vertreten und jetzt fangen wir im Rat an, über Projektänderungen zu diskutieren. Das finde ich ein wenig speziell. Wir sagen bei anderen Projekten auch nicht, tut dort bitte das Trottoir absetzen oder stellen dafür einen Antrag. Dafür haben wir Kommissionen. Ich denke, die machen ihre Arbeit gut. Sonst können sie ihre Arbeit in Zukunft auch sein lassen.

Lukas Füglistler: Ich bin Mitglied in der Verkehrskommission. Ich denke, ich spreche auch im Namen von Christian und den anderen Mitgliedern der Kommission. Wir haben ausgiebig und kontrovers diskutiert. Der Ingenieur war dabei. Wir haben über das Trottoir diskutiert, ob oben oder unten. Wir haben einen Konsens gefunden, in dem wir sagten, das Trottoir müsse runter, aber es solle sichtbar sein durch eine Abgrenzung zwischen Fahrbahn und Trottoir. Ich möchte ebenso wie Eugen Frunz darauf hinweisen: Wir haben Kommission und sollte diese arbeiten lassen. Wir sind nicht allwissend. Ich wohne selber weder in der Birken- noch in der Fliegerstrasse. Aber wir haben in der Kommission lang und gut diskutiert und wir sind zu einer Lösung gekommen, die tragbar sein sollte. Wenn wir jetzt jedes kleine Detail diskutieren, dann sehe ich den Sinn der Kommission nicht, denn dann können wir alles hier diskutieren.

Peter Marten: Ich wünsche mir, dass man die Kommissionstreue auch anderen Kommission entgegenbringen würde, z.B. der Finanzkommission, die in der letzten Zeit diese Treue nicht erfahren hat. Da hat sich auch niemand darüber aufgeregt, dass dies so war. Inhaltlich dürfen wir den Plan anschauen und deshalb dürfen wir als Einwohnerrat auch eine andere Meinung haben. Ich persönlich, ziehe die Kompetenz der Verkehrskommission überhaupt in Zweifel. Ich habe einfach Mühe, wenn ich mir vorstelle, dass ältere Leute – es können auch andere sein – ihr Fahrzeug dort parkieren. Man leitet sie auf die Strasse, dann müssen sie von der Strasse wieder rauf auf das Trottoir. Da stelle ich mir die taktische Frage, wieso die nicht direkt auf das Trottoir geführt werden können, eine rein praktische Überlegung. Wenn man da oben steht, muss ich fairerweise sagen, dass es nicht falsch war auf diese Idee zu kommen. Ich war überrascht, als ich das gesehen haben. Genauso überrascht war ich über den Platzcharakter mit Baum, der erhalten werden soll. Ich habe keinen Antrag gestellt, weil die Kommission das gut findet. Ich bin aber bereit eine Wette anzubieten, wie lang es geht,

bis der erste Lastwagen den Baum trifft oder der Baum krank wird. Aber ich hoffe, dass er das schafft.

Ralph Hunziker: Nur eine kleine Ergänzung: Im Bericht ist enthalten, dass das Trottoir herabgesetzt wird? Das muss klar sein, bevor wir abstimmen. Meine Frage an die FDP ist, ist das hochgesetzt oder nicht? Ich weiss noch nicht, was in eurem Antrag steht. Wenn wir den einen Antrag annehmen, sind die Bäume weg, oder? Die Trottoirs werden grundsätzlich herabgesetzt, wenn aber der FDP-Antrag angenommen wird, bleiben sie oben. Ist das so?

Ursula Spinnler: Ja, so wie heute.

Markus Renggli: Eine Verständnisfrage. Peter Stucki hat gesagt, dass er konkrete Anträge braucht. Ich habe es so verstanden, dass die Kommissionen ein beratendes Gremium für den Gemeinderat sind. Der Gemeinderat entscheidet und legt das Projekt vor. Warum fordert der Gemeinderat uns dazu auf, darüber zu diskutieren.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es ist der Wunsch von der FDP geäussert worden, dass wir in die Planung etwas zusätzlich aufnehmen. Wir müssen wissen, was der Wunsch des Einwohnerrates ist. Ein Teil wünscht dieses und ein anderes jenes oder etwas Neues. Wenn der Rat beschliessen könnte, wie er das Projekt möchte, dann wäre es relativ einfach und dann hoffe ich, dass Einsprachen abgewendet werden können, weil die Anwohner dann wie beigezogen wurden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Christian Keller: Wir stellen zuerst die beiden Anträge gegenüber. Anschliessend stellen wir den neuen Antrag dem Antrag des Gemeinderates gegenüber.

Antrag SP: Auf die Grünrabatte zulasten der Gehwegsicherheit sei zu verzichten. Das bedeutet, dass dort Trottoir verbleibt und dass es nicht mehr erhöht wäre.

Antrag FDP: Das Trottoir im unteren Bereich der Fliederstrasse sei so zu belassen, wie es heute ist. Auf die beiden geplanten Bäume sei zu verzichten.

Beide Anträge erhalten je 11 Ja-Stimmen. Durch präsidialen Stimmentscheid wird der Antrag der SP angenommen.

Christian Keller: Ich hätte eigentlich zu beiden Anträgen Nein gesagt, musste aber leider den Stimmentscheid fällen. Jetzt geht es um die Gegenüberstellung des angenommenen Antrags der SP zum Antrag des Gemeinderates.

Antrag SP: Auf die Grünrabatte zulasten der Gehwegsicherheit sei zu verzichten. Das bedeutet, dass dort Trottoir verbleibt, dass es aber nicht mehr erhöht wäre.

Antrag Gemeinderat: Die Strassengestaltung wird so ausgeführt, wie in den Projektunterlagen beschrieben.

Der Antrag der SP wird mit 19 Ja-Stimmen angenommen. Der Antrag des Gemeinderates erhält 15 Ja-Stimmen.

Christian Keller: Jetzt kommen wir zur Schlussabstimmung, zum eigentlichen Antrag des Gemeinderates.

Endabstimmung

**Der Antrag des Gemeinderates wird mit dem Zusatz des Antrags der SP genehmigt.
Fliederstrasse/ Birkenstrasse, Nussbaumen**

- a. Verpflichtungskredit von CHF 568'000 für Strassensanierungen mit Verzicht auf die Grünra-
batte in der Fliederstrasse**
- b. Verpflichtungskredit von CHF 598'000 für Ersatz aller Wasserleitungen**
- c. Verpflichtungskredit von CHF 201'000 für Kanalisationssanierungen**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**9 2019.36 Postulat SVP-Fraktion betreffend Bedarfsabklärung Massnahmen gegen
Littering an den öffentlichen Entsorgungsplätzen der Gemeinde.**

Eintreten wird nicht bestritten.

Lukas Füglistler: Ich sage noch etwas dazu, es steht aber auch alles im Postulat. Mir persönlich fällt auf, dass gerade im Bereich Markthof – ich kenne die Situation auch am Technischen Zentrum – anderer Abfall deponiert und einfach hingelegt wird. Ich weiss nicht, wie es beim Entsorgungsplatz Gemeindehaus aussieht. Massiv ist es beim Markthof. Ich habe Kontakt mit dem Bauamt. Dort wurden die Leerungen umgedreht, statt am Montag wird jetzt am Freitag geleert, so dass am Wochenende die Behälter leer sind und sie am Wochenende gefüllt werden können. Während der Gewerbeausstellung war es massiv. Es ist schlichtweg eine Sauerei. Das ist nicht nur beim Markthof so, leider auch in den anliegenden Quartieren. Wir sind der Meinung, dass es nicht Auftrag der Gemeinde, vom Baudienst, ist, dort Abfall zu entsorgen für Leute, die das Gefühl haben, ihren Abfall einfach irgendwo deponieren zu können. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich gerade gestern gesehen habe, dass beim Markthof viele Mobiliien (Stühle usw.) gelegen haben. Das geht die Gemeinde nichts an, denn das ist Privatreal vom Markthof - davon gehe ich aus. Wir möchten mit dem Postulat, die Gemeinde einladen, geeignete Massnahmen gegen das Littering an öffentlichen Sammelstellen zu einzuleiten. Danke für das Entgegennehmen.

Robert Wyss: Ich möchte ergänzen. In Kirchdorf ist auffällig, dass beim Entsorgungsplatz kein Licht ist. Wenn man kein Licht hat, dann weiss man nicht, wo man das Zeug einwerfen soll. Dann ärgert es, wenn man nicht weiss, wo man die Abfälle hineinwerfen soll. Dann stellt man es einfach hin. Es wäre sinnvoll, darauf zu achten, dass an den Sammelstellen ausreichend Licht ist, so dass man erkennt, welche Tonne die Richtige ist.

Keine weiteren Wortmeldungen.

**Das Postulat der SVP-Fraktion betreffend Bedarfsabklärung Massnahmen gegen Littering an
den öffentlichen Entsorgungsplätzen der Gemeinde wird einstimmig unterstützt.**

10 2019.37 Zwischenstand Legislaturziele 2018-2021

Dieter Martin, Gemeindeammann: Gerne möchte in Erinnerung rufen, dass der Gemeinderat im Hinblick auf die vorliegenden Legislaturziele einen neuen Weg beschritten hat. Mit der vorliegenden Swot-Analyse, also eine Analyse der Stärken und Schwächen, Chancen und Nachteile, hat der Gemeinderat eine Strategie, eine Vision, strategische Vorgaben und Leitsätze formuliert. Die Leitsätze sind anschliessend als Legislaturziele und Massnahmen festgesetzt worden. Der Gemeinderat hat seine Legislaturziele überarbeitet und unterbreitet Ihnen einen

Zwischenstand zur Legislaturhalbjahr zur Kenntnisnahme. Die Legislaturziele sind ein Arbeitsinstrument vom Gemeinderat, das laufend den Gegebenheiten angepasst wird. Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat, vom Zwischenstand der Legislaturziele Kenntnis zu nehmen. Für diesen kleinen Antrag wurden die Unterlagen nicht angepasst. Es wäre ein kleiner Antrag zur Kenntnisnahme gewesen.

Christian Keller: Ich gehe davon, dass die Kenntnisnahme erfolgt ist. Der Antrag kann noch gestellt werden. Ich gebe den Fraktionen das Wort.

Daniel Jenni: Wir haben es schon vielfach diskutiert und haben immer noch das gleiche Problem. Die Legislaturziele sollten Ziele sein und keine Absichtserklärungen, die nicht messbar sind. Dementsprechend ist es schwierig, herauszufinden, ob das Ziel erreicht wurde. Wir haben Mühe, z.B. solche Ziele wie die Gemeindegemeinschaft, die aktiv gesucht und gezielt ausgebaut werden soll, zu beurteilen. Wir wären froh, wenn ihr Ziele auch als Ziele definieren würdet. Dann kann man auch prüfen, ob es erreicht wurde oder nicht. Wir sollten uns überlegen, ob wir eine Ampel stellen für Obersiggenthal. Grün wäre erfüllt, orange „wir sind noch dran“ und rot „wir haben überhaupt nichts gemacht“. Dann wüssten wir einfacher, wo wir stehen. Das zum Generellen, auf die einzelnen Sachen möchten wir nicht eingehen. Sie sind etwas schwierig, abzuschätzen. Es gibt einzelne Punkte, die sehr gut sind, die erfüllt sind, z.B. Geschäftsleitung usw., und es hat Sachen, die wir nicht messen können, oder die so formuliert sind, dass wir sie gar nicht nachvollziehen können.

Mia Jenni: Zunächst einmal vielen Dank für den Bericht. Er dient uns ja bloss zur Kenntnisnahme. Besonders wichtig ist meines Erachtens, dass der Widerstand gegen den jetzigen Plan der OASE nochmals verankert wurde.

Ich möchte im Rahmen dieses Votums noch an das Ende der letzten Legislatur erinnern und wie damals viele Ziele kaum oder nicht erreicht wurden. Wir als Fraktion hoffen, dass es dieses Mal anders aussehen wird. Ausserdem hätte ich gerne genauere Auskunft über das Anlaufen des Geschäftsleitungsmodells bekommen. Hat die Belastung abgenommen? Ist mehr Zeit für strategische Überlegungen da?

Ein letzter Punkt vielleicht noch: Die Kommunikation einer Gemeinde nach aussen gestaltet sie in den Augen der Allgemeinheit als attraktiv. Darum denke ich, dass möglichst bald da ein Konzept und ein selbstbewusstes Auftreten kommen muss.

Peter Marten: Das Studium der Legislaturziele gehört zu einer von meinen Lieblingsaufgaben. Grundsätzlich finden wir es gut, dass der Gemeinderat diese vorlegt. Wir denken, dass wir bei einigen Sachen auf einem guten Weg sind. Es ist aber immer noch so, dass in diesem Papier einige Punkte sehr vage formuliert und sehr unklar sind. Ich werde 2, 3 herausstellen.

Nr. 8, Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden. Da heisst es beim Status: Die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen ist als stetes Ziel anzusehen. Das ist also als Ziel schon formuliert, deshalb müsste man jetzt sagen, was man jetzt konkret macht. Ob man sie regelmässig trifft, oder einmal im Jahr. Dass das Treffen stattgefunden hat, ob man Streit hat oder nicht, ob man sich einig ist.

Bei der Einführung des neuen Gemeindeleitungs- und Geschäftsführungssystem wird geschrieben, dass man das gemacht hat und dass es funktional ist. Das ist gut. Ich denke, es wäre nicht schlecht, wenn man im nächsten Jahr versucht, entweder in der Budget- oder der Rechnungssitzung ein erstes Review bekanntzugeben. Nach einem Jahr Laufzeit soll man berichten, wie das Jahr gelaufen ist, wo es noch ein wenig hakt. Ich denke, dass wäre eine wertvolle Info, die einen Eindruck über das vermittelt, was man jetzt hat.

Ich bin mit Mia einig, dass beim Standortvorteil mitgeteilt werden sollte, wie, wann und wo. Was macht man dort konkret.

Beim Ziel 14, Verkehr, steht das Stichwort „Mobilität beeinflussen“. Da habe ich mich gefragt, will man es positiv beeinflussen? Negativ beeinflussen? Oder wen will man beeinflussen? Man vermutet bei dem Text, dass es um E-Mobilität geht. Denn dort steht, dass E-Mobilität geprüft wird. Ich habe den Satz so interpretiert, dass man die E-Mobilität fördern will, z.B. mit E-Parkplätze. Aber darüber steht dann nichts mehr.

Ich habe jetzt relativ viel gelobt. Ich habe zwei, drei Verbesserungsvorschläge gemacht. Ich glaube – ich will dabei nichts unterstellen – dafür dass es Ziele sind und dass man sich daran halten sollte, dafür sind die einzelnen Punkte etwas beliebig. Das spürt man. Ich meine, es sollte keine Pflichtaufgabe, sondern die Kür sein. Genauso sollte es die Kür des Einwohnerrates sein, dass wir es zur Kenntnis nehmen und zwei, drei Inputs geben. Wir geben den Hinweis, dass sie zum Teil einfach ungenügend ausformuliert sind. Aber die Stossrichtung stimmt und die wollen wir nicht schlecht machen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Legislaturziele wurden zur Kenntnis genommen.

11 2019.38 Umfrage

Christian Buser: Am 22. November 2019 hat die AZ einen Artikel veröffentlicht über den Zusammenschluss zwischen Turgi und Baden. Da drin ist auch erwähnt worden, dass es im Oktober einen Runden Tisch gab, zu welchem Delegierte aus dem ganzen Bezirk eingeladen waren. Mich interessiert, ob die Gemeinde Obersiggenthal teilgenommen hat bzw. wer ist von uns dort gewesen und was ist so die generelle Position gewesen an dem Runden Tisch, weil offenbar häufig das Thema Zusammenarbeit bzw. Zusammenschluss diskutiert worden ist.

Bettina Lutz Güttler, Gemeinderätin: Es ist effektiv so. Peter Stucki und ich sind am 17. Oktober 2019 in Baden gewesen. Dort hat ein Runder Tisch stattgefunden mit Vertretern von sehr vielen Gemeinden aus der Agglomeration Baden. Thema von dem Runden Tisch war eigentlich eine erste Information, und zwar hat Urs Hofmann ein Impulsreferat gehalten und dann hat der Gemeindeammann von Zurzach berichtet über den ganzen Prozess, der dem Zusammenschluss der Rheintaler Gemeinden vorausgegangen ist. Gemeindevertreter haben keinerlei Position bezogen, weil sie zuerst in den Gemeinderäten und mit der Bevölkerung Rücksprache halten, wie das Befinden ist überhaupt über eine nähere Zusammenarbeit, die eventuell in eine Fusion fliessen könnte. Niemand hat Stellung genommen mit Ausnahme von Adrian Schoop, der klar gesagt hat, dass Turgi eine Fusion anstrebt mit Baden. Sie wollen kein Gespräch abwarten, dass mit Baden und anderen Agglomerationsgemeinden stattfindet. Man hat sich dort darauf geeinigt, dass die anwesenden Gemeindevertreter in den Gemeinderäten das Ganze thematisieren und die Informationen, die man an der Veranstaltung bekommen hat, diskutieren. Es ist so, dass weder Peter Stucki noch ich überhaupt eine Meinung geäussert haben. Die Diskussion wird bei uns im Gemeinderat erst in einer der nächsten Sitzungen stattfinden. Das Ganze ist noch in Fluss. Es hat noch keine Meinungsbildung stattgefunden. Es wird anfangs des nächsten Jahres eine weitere Sitzung in Baden geben. Ob dort jemand aus Obersiggenthal überhaupt teilnehmen wird, wird der Gemeinderat noch entscheiden.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich habe noch eine Frage von Marcel Müller. Er hat im Juni gefragt, wie viele Kinder, die nicht in Obersiggenthal wohnen, hier in die Schule gehen und aus welchen Gemeinden diese Kinder kommen.

Zu der Frage möchte ich vorausschicken, dass es einen Vertrag zwischen den Gemeinden Gebenstorf, Turgi, Untersiggenthal, Würenlingen und Obersiggenthal über die Optimierung der Schulklassen an den Bezirksschulen Turgi und Obersiggenthal gibt. Dieser sogenannte REGOS-Vertrag basiert auf dem Schulgesetz des Kantons Aargau und wurde vom Einwohnerrat am 11. Dezember 2003 genehmigt. Nun zu den Antworten:

- a. Es gibt im laufenden Schuljahr 16 Kinder aus Drittgemeinden. Das Gros aus Untersiggenthal und zwei, drei aus anderen Gemeinden.
- b. Das ergibt von den Drittgemeinden einen Schulgeldertrag von ca. CHF 120'000 pro Jahr.

Die zweite Frage von Marcel Müller lautet: Wieviele Kinder besuchen die Kindertagesstätte Goldiland, die nicht in Obersiggenthal wohnen? Dazu ist zu sagen: In den Tagesstrukturen, das sind die Kinder, die schulpflichtig sind, gibt es ausschliesslich Kinder aus Obersiggenthal. In der Krippe, dem Vorschulalter, da gibt es im Schnitt ein Kind aus einer anderen Gemeinde. Die allfällige Subvention bezahlt jeweils die Gemeinde, aus der das Kind kommt. Es entstehen der Gemeinde keine Mehrkosten. Andererseits bezahlen auch wir die Subventionen für Obersiggenthaler Kinder, die in einer Krippe an einem anderen Ort untergebracht sind.

Die dritte Frage war: Aus welchen Gemeinden kommen die Kinder? Die meisten kommen aus Baden und oft ohne, dass sie subventioniert sind.

Dann gab es noch folgende Frage: Lebt in Obersiggenthal eine von den ca. 130 Personen, die dem IS nahestehen? Die Zahl stammt aus einem Bericht aus dem Internet Tagblatt vom 12. Juni 2019 herausgegeben hat. Demgemäss habe der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) für Studienzwecke einen anonymisierten Datensatz von 130 Schweizer Dschihadisten überlassen. Ich habe in diesem Zusammenhang bei der Informationsstelle des NDB erkundigt und folgende Antwort bekommen: „Der Nachrichtendienst des Bundes äussert sich nicht zu der von der ZHAW durchgeführten Studie, die im von Ihnen beschriebenen Artikel erwähnt wird. Weiter macht der NDB keine Aufschlüsselung nach Region, Kanton oder Gemeinde, sondern gibt bei der Anzahl Risikopersonen, dschihadistisch motivierter Reisender und im Rahmen des Dschihad-Monitorings festgestellter Nutzer nur die gesamtschweizerischen Zahlen bekannt (s. auch Dossier Terrorismus auf der Website des NDB). Auch äussert sich der NDB nicht zu Einzelfällen.“

Marcel Müller: Es sind 130 in der Schweiz, aber wir dürfen nicht wissen, wo. Danke für die Antwort, Dieter.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Dann habe ich noch eine Frage von Lukas Füglistler in Zusammenhang mit der Äusserung von Bruno Glettig anlässlich der Schwimmbad-Information. Es geht um die Belegungspläne. Er fragt: „Ich habe kurz nachgezählt und komme auf 49 Lektionen für die Schule in allen drei Hallen von Montag bis Freitag. Für wie viele Lektionen haben wir maximal Kapazität für die Schule in der Sporthalle?“

Wir haben von Montagmorgen bis Freitagmorgen jeweils von 7.30 Uhr bis 12.00 Uhr 50 Grundeinheiten. Davon entfallen auf Reinigung 14 und auf andere Belegungen 5 Einheiten, so dass der Schule 31 Einheiten zur Verfügung stehen, das entspricht 62 %. Am Nachmittag von Montag bis Freitag jeweils von 13.30 bis 16.30 haben wir 40 Grundeinheiten, davon 10 Reinigungs-Sperrzeiten und 16 andere Belegungen, für die Schule verbleiben 35 % also 14 Grundeinheiten. Für die Schule stehen also 50 % der Hallenkapazität zur Verfügung von Montagmorgen bis am Freitagabend.

Diese Berechnungen basieren auf einer Belegung von maximal 2 Klassen. Aktuell mit dem neuen Stundenplan gibt es davon Ausnahmen, also drei Klassen gleichzeitig. Bei einer Belegung in drei Hallen gibt es Probleme mit den Garderoben, Geräten und Geräteräumen und eine Art Dichtestress bei der Zusammenarbeit Schule – Hauswart. Zudem gibt es gemäss Lehrplan und Unterrichtsmethodik immer wieder Bedarf von 2 Hallen pro Klasse z.B. beim Sporttag, beim Fussball und Handball und bei der Durchführung von Spezialeinheiten. Die Belegung von maximal zwei Klassen gleichzeitig in der Sporthalle wurde mit der Schule im Lehrplan in 2013 festgelegt.

Lukas Füglistler: Für wie viele Lektionen haben wir maximal Kapazität für die Schule in den drei Hallen in der Dreifachturnhalle? Das waren viele Informationen von Dieter, aber noch keine Antwort.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir haben 90 Turneinheiten und davon 49 für die Schule pro Halle.

Lukas Füglistler: Entschuldigung für mein Intermezzo, aber für mich ist das kein Nebenschau- platz. Wir sind im Traktandum „Umfrage“ und ich habe eine Frage und dann habe ich gern,

wenn die beantwortet wird. Das hat im Endeffekt auch mit dem Hallenbad zu tun, denn ich möchte wissen, wieviel Bedarf die Schule an Sporthallen hat. Wir haben in unserer Gemeinde viele Sporthallen und bevor ich mir eine Meinung bilden kann, muss ich wissen, wieviel Bedarf hat die Schule und wieviel Kapazität haben wir. Die nächsten Fragen kommen dann schon noch.

Dieter Marlin, Gemeindeammann: Du hast nicht gefragt, wieviel Bedarf hat die Schule. Du hast gefragt, wie viele Lektionen maximal Kapazität haben.

Lukas Füglistler: Für wie viele Lektionen haben wir maximal Kapazität in der Sporthalle?

Dieter Marlin, Gemeindeammann: Das kann ich dir nicht sagen. Das entspricht dem, was ich eben gesagt habe: 45 %. Ich werde das noch bilateral mit Lukas klären. Ich komme zur zweiten Frage:

Im Benutzungsreglement der Sporthalle steht unter Punkt 2.2.10 folgendes geschrieben: In den Hallen darf nur mit sauberen, trockenen Bällen gespielt werden. Verunreinigungen (z.B. durch die Verwendung von Harz) müssen (selber) gereinigt werden. Starke Verschmutzungen werden auf Kosten der Verursacher, resp. der Veranstalter, durch den Hauswart gereinigt. Ist dies korrekt? Dazu kann ich nur sagen: Ja. Die normale Reinigung und die Reinigung vom Harz erfolgt bisher durch die Hauswarte und dem Reinigungspersonal. Wir haben gesehen, dass das die günstigste Lösung ist. Wir haben eine Offerte machen lassen von einer externen Firma, die war um einiges teurer, als wenn wir unser Reinigungspersonal einsetzen.

Werden die Mehraufwendungen dem SCS verrechnet? Wenn ja, wie viele Kosten waren dies 2018 und bis jetzt in 2019 und wie viel davon wurden an den jeweiligen Verursacher verrechnet?

Für das Jahr 2018 hat der Gemeinderat dem SCS für das Harzmittel, welches ausschliesslich für die Harzreinigung der Hallen nach SCS-Spielen verwendet wird, eine Rechnung über CHF 10'700 gestellt. Jedoch hat der SCS nicht zahlen wollen. Im Moment finden Abklärungen statt, inwiefern der SCS durch Eigenleistung wenigstens nach den Trainings unter der Woche zu einer Aufwandsminderung beitragen könnte. Das ist noch nicht fertig diskutiert. Mehraufwendungen für das Reinigungspersonal sind bisher nicht in Rechnung gestellt worden.

Ein Beispiel: Am letzten Wochenende hat der SCS alle drei Hallen und die Tribüne gebraucht, vorletzte Woche hatte der FC den gleichen Hallenbedarf mit Tribüne. Ohne Harz hatten wir Putzaufwand von 22 Stunden, für die Grundreinigung mit Harz haben wir 34 Stunden gebraucht. Die Reinigung findet am Morgen statt. Die Leute fangen um 6 Uhr an zu arbeiten. Bisher mussten sie bis um 11 Uhr die Halle parat haben für die Schule. Jetzt mit dem Notprogramm ist es – glaube ich – sogar früher. Es müssen also entsprechend viele Personen einsetzen. Wir haben rund 12 Stunden Mehraufwand für die Harzreinigung. Wenn man nur das Erdgeschoss anschaut nach den wöchentlichen Trainings hat man beim UHV 5 Stunden Reinigungsaufwand am anderen Tag (Halle, Garderobe und Gänge) und wenn der SCS trainiert, dann haben wir 14 Stunden, sprich 9 Stunden Mehraufwand. Eine Lösung mit dem SCS haben wir noch nicht. Die Miete ist für alle Vereine gleich. Der Handball benötigt nun einmal mehr Harz. Nach einem Wochenende ist der Boden intensiv beschmutzt gewesen. Wenn man möchte, dass nachher Schulkinder die Halle benutzen, bleibt nichts Anderes übrig, als eine intensive Reinigung durchzuführen. Das Harz ist ja nicht nur am Boden, sondern auch an den Wänden, dadurch lässt sich der Aufwand erklären.

Lukas Füglistler: Mir geht es schlussendlich um zwei Sachen: Das eine ist, dass es das Benutzungsreglement gibt, in dem steht, wie man die Hallen benutzen darf und soll und darin steht auch, dass Mehraufwendungen verrechnet wird. Ich bin selber in einem Sportverein aktiv und weiss, was das heisst, wenn Kosten auf einen zukommen. Das tut weh. Das kann ich mir vorstellen. Nur dann muss man entweder das Reglement anpassen, dass es eben nicht so ist, oder man sucht einen anderen Weg. Das andere ist die Nutzungsdauer von der Halle. Wenn ich höre, dass am Montagmorgen praktisch die Halle nicht benutzt werden kann, weil man sie reinigen muss, finde ich das schade. Dann steht sie der Schule ja nicht zur Verfügung.

Dieter Martin: Da müssen wir die Zeiten anschauen: 22 Stunden. Das heisst, wenn das Reinigungspersonal um 6 anfängt, hat es bis 10 Uhr nur 4 Stunden Zeit. Da kannst du dir den Personaleinsatz ausrechnen.

Marcel Müller: Das Thema „Harz“ haben wir einmal in einer Budgetdebatte behandelt vor 4, 5 Jahren. Da war es ein grosses Thema, weil wir festgestellt haben, dass wir für ein spezielles Harz-Putzmittel Kosten hatten in Höhe von ca. CHF 15'000 für die Gemeinde. Als wir bemerkten, dass das die Gemeinde bezahlt, obwohl es eigentlich für den Handball-Club ist, haben wir festgestellt, dass es nicht sein kann, dass das der Steuerzahler bezahlt. Jetzt hören wir wieder von übermässigen Reinigungskosten gegenüber anderen, die die Halle nutzen. Sind wir da nicht wieder beim Steuerzahler, der das bezahlt? Das kann doch nicht sein. Entweder putzt der SCS in Zukunft selber, da müssen sie halt einen aufbieten, oder wir machen die Halle parat bis am Morgen und dann müssen wir das auch verrechnen. Beim nächsten Budget werde ich das sicher anbringen.

Christian Keller: Der Gemeinderat hat die Frage beantwortet. Es wird festgestellt, dass das ein wichtiges Thema ist, das bei anderer Gelegenheit diskutiert werden wird. Ich glaube, die vorbereiteten Fragen wurden beantwortet. Möchtet noch jemand etwas zum Harz sagen?

Markus Renggli: Nur ein Satz. Unsere Information an der Fraktionssitzung war, dass das mit dem Harz 4x pro Jahr anfällt. Das fällt nicht regelmässig an.

Christian Keller: Dann schliessen wir das Thema ab für diese Sitzung.

Andreas Baumgartner: Noch ganz kurz zum Thema Harz: Eine Schulklasse hat 3 Lektionen Turnunterricht, dann kann man ausrechnen, wieviel die Hallen von der Schule genutzt werden. Wie die Lektionen auf welche Hallen verteilt sind, weiss ich derzeit nicht. Bei einigen Lektionen muss man 2 Hallen zur Verfügung haben. Wenn ich mit 22 Schülern Fussballspiele, brauche ich den Platz. Man könnte sich einschränken, aber so werden die Schüler mehr bewegt.

Es haben alle das Schreiben mit den Hallenbelegungsplänen bekommen. Zu dem Begleitschreiben möchte ich einige Anmerkungen machen.

Sinn und Zweck jeder Sporthalle ist es, dass darin so viel Sport wie möglich betrieben werden kann. Aus diesem Grund werden Sportstätten gebaut. Allenfalls vorhandene Einspielgänge sollten der sportlichen Nutzung ebenfalls zugänglich gemacht werden. Die Gänge sollte man brauchen als Möglichkeit, die Schüler zu bewegen. Dass für den Betrieb von Sporthallen Unterhalts- und Reinigungsarbeiten nötig sind, ist unbestritten und jedem klar. Über das Mass an Ordnung und über die Ausprägung von Reinlichkeitssinn kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Darüber möchte ich hier nicht diskutieren. Ich zitiere aus dem zweiten Abschnitt auf der Seite 2 des Begleittextes, den Sie alle auch per Mail erhalten haben. In diesem Abschnitt geht es um das Reinigungszeitfenster nach Schulabschluss und vor der Vereinsbelegung. Ich zitiere: „Man möge sich vor Augen halten, wie intensiv die Schülernutzungen sind. Es ist x-fach belegt, dass die Verschmutzungen nach Schulbelegungen stark sind, denn die Schüler befleissigen sich kaum eines wahrnehmbaren Ordnungsverhaltens und die Aufsichtspersonen der Lehrerschaft sind leider überfordert oder nehmen ihre Verantwortung hinsichtlich der Durchsetzung der Nutzungsordnung nur unzureichend wahr. Es wäre unzumutbar, die Vereine in nicht gereinigte Anlagen zu lassen...“

Dieser Abschnitt hat mich sehr irritiert und mich würde interessieren

- a. Wer hat das aufgrund von welcher Einschätzung so geschrieben?
- b. Warum erfolgt in diesem Abschnitt ein Rundumschlag gegen alle Schülerinnen und Schüler sowie die gesamte Lehrerschaft? Wer diesen Abschnitt liest, bekommt einen ganz schlechten Eindruck von der Schule. Und das Bild ist meiner Meinung nach falsch.

Als Lehrperson fühle ich mich direkt angesprochen. Ich unterrichte in meinem Pensum insgesamt 9 Sportlektionen, von denen finden 7 in der Sporthalle statt. Nach jeder Sportlektion gehe ich durch den Geräteraum und schaue, dass das Sportmaterial aufgeräumt ist, sodass mein Nachfolger oder meine Nachfolgerin nichts suchen muss. Was ich nicht mache:

- a. Ich lege die Turnmatten nicht millimetergenau auf den Mattenwagen, sondern mit gesundem Menschenverstand. Der Geräteraum erleidet keine funktionale Einbusse, wenn die 12 Matten pro Mattenwagen nicht millimetergenau übereinander gestapelt sind.
- b. Ebenso darf und kann ich nicht in die Garderoben gehen, während sich die Schülerinnen und Schüler darin befinden und sich umziehen oder duschen.

Ich wünsche mir als Lehrperson statt solcher Rundumschläge für die Zukunft folgendes:

- a. Wenn der Hauswart nicht einverstanden ist mit der Art und Weise, wie ich den Geräteraum aufgeräumt habe, soll er direkt zu mir kommen oder sich an die Schulleitung wenden. Die Schulleitung hat bereits mehrfach so ein Angebot gemacht.
- b. Generell wünsche ich mir eine Zusammenarbeit, die von gegenseitiger Wertschätzung geprägt ist. Davon können alle im Umfeld der Sporthallen profitieren, das sind Benützerinnen und Benutzer, Schule, Vereine, Auswärtige. Ebenso können der Hauswart und das Reinigungspersonal davon profitieren.

Ich glaube, ich spreche mit diesen Wünschen nicht nur für mich, sondern auch für andere Lehrpersonen, Vereinsleiter und Trainer.

Bettina Lutz, Gemeinderätin: Eugen Frunz hat in der letzten Einwohnerratssitzung die Frage gestellt, ob die Gemeinde ein Serviceabonnement für die versenkbaren Container an den Sammelstellen hat.

Nein. Aus Kostengründen hat die Gemeinde kein entsprechendes Serviceabonnement abgeschlossen. Die wesentliche Dienstleistung eines solchen Abonnements besteht vorwiegend im Reinigen der Container. Diese Arbeit wird vom Personal des Baudienstes ausgeführt.

Eugen Frunz: Machen die in diesem Zusammenhang auch gleich eine Kontrolle, ob alle Scharniere in Ordnung sind? Ein Bekannter von mir bietet so etwas an, auch aus Sicherheitsgründen.

Bettina Lutz, Gemeinderätin: Eine Sichtkontrolle wird durchgeführt.

André Kummer: Ich bin aus der Bevölkerung mit zwei Fragen konfrontiert worden.

- a. Ist das Verfahren um den Ex-Chef des Steueramtes abgeschlossen? Wenn ja, muss die Gemeinde eventuell noch eine Abfindung zahlen, sprich wir als Steuerzahler?
- b. Zwei Jugendliche werden täglich mit dem Taxi in die Sonderschule nach Lenzburg gebracht. Beahlt das die Gemeinde oder die entsprechende Familie. Sind das die einzigen Fälle, oder hat es davon noch mehr?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Das Verfahren um den Ex-Chef Steueramt ist nicht abgeschlossen. Das wird voraussichtlich noch eine Gerichtsverhandlung geben. Die zweite Frage nimmt der Gemeinderat entgegen und wird sie in der nächsten Sitzung beantworten. Das wissen wir so nicht.

Verabschiedung des Präsidenten des Einwohnerrates

Christian Keller: Dann kommen wir zu den Verabschiedungen.

Ich bin seit 10 Jahren im Einwohnerrat und es sind sehr wenige Fehler passiert. Es hat perfekt funktioniert.

Lieber Daniel. Ich habe gemerkt, dass mir ein Bild als gutes Instrument in diesem Raum gedient hat. Ich denke, dass du das vielleicht übernehmen möchtest und dass es dich für die nächsten zwei Jahre begleitet.

Daniel Jenni: Danke vielmals. Ich werde versuchen, es richtig weiterzuführen. Ihr werdet es dann sehen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich komme jetzt zur Verabschiedung des Einwohnerratspräsidenten: Lieber Christian, schon sind deine beiden Präsidialjahre Geschichte. Du hast verschiedene Neuerungen in den Ratsbetrieb eingebracht. So hast du dir bereits vor Amtsantritt

durch einen Rückweisungsantrag Gehör verschafft und dich für Reservetermine stark gemacht, die seither jeweils eingeplant sind, insbesondere ein Doppeltermin für die Budgetsitzung. Dann hast du eine Parteivotumsliste eingeführt. Ebenso wolltest du durch die Einführung einer Rednerliste die Wortmeldungen besser koordinieren und den Überblick behalten und damit ein wiederholtes Hin und Her zwischen einzelnen Votanten vermeiden. Mit dem Ziel, dass es in der Regel bei einer Replik, die sachlich sein und der Würde des Amtes entsprechen sollte, bleiben würde. Aus mir unerfindlichen Gründen hast du davon aber wieder Abstand genommen.

Ich habe auch eine kleine Statistik deiner Präsidialzeit gemacht. Es gab während deiner Präsidialzeit 12 Einwohnerratsitzungen. Davon konntest du 5 Sitzungen vor 22 Uhr schliessen. Am 14. März 2019 ist dir gar ein neuer Rekord gelungen, da hast du den Rat um 20.05 Uhr entlassen können. Die restlichen Sitzungen musstest du überziehen. Erwähnenswert ist auch, dass es dir gelungen ist, die beiden Budgetsitzungen jeweils um 23.30 Uhr zu beschliessen. Dies führe ich einerseits auf die Lernfähigkeit des Gemeinderats zurück. Diesem ist es gelungen, die Forderungen des Einwohnerrats umzusetzen. Und andererseits dürfte dies auch ein deutliches Zeichen dafür sein, dass die berühmte Zitrone durch die Sparübung der letzten sechs Jahre wirklich ausgedrückt ist.

Es ist dir, Christian, meistens gelungen, den Einwohnerrat mit straffen Zügeln zu führen und ausufernde Diskussion zu beenden. Auch konntest du dich auf eine Stimmzählmannschaft abstützen, die ihre Aufgabe gut im Griff hatte, und auf den Gemeinbeschreiber, der dir bei komplizierten Fällen assistieren konnte. Ich denke, du stimmst mir bei, wenn ich dem Rat sage, dass das Präsidium des Einwohnerrates ein nicht so einfaches Amt ist, wie es vielleicht von aussen aussehen mag.

Christian, ich danke dir für deine Arbeit als Ratspräsident und wünsche dir für deine künftigen Aufgaben als Gemeinderat viel Erfolg und ein gutes Stehvermögen. Gerne überreiche ich dir einen Gutschein, damit kannst du deine Frau zu einem schönen Nachtessen einladen kannst. Und, wie es sich bei einem Vertreter der grünen Fraktion gehört, überreiche ich dir noch einen schönen Blumenstrauss.

Christian Keller: Danke vielmals, Dieter. Ich danke besonders Simon Knecht, der mir stets beigestanden ist im Ratsbüro, Romana Hächler, den StimmzählerInnen. Ich danke auch euch für euer Vertrauen, dass ihr mich zu eurem Vorsitzenden gemacht habt. Es war mir eine grosse Ehre und ich habe es zunehmend gern gemacht. Ich wurde ein wenig in das Amt hineingeworfen, ich hatte es nicht wirklich gesucht. Ich hoffe, ich habe es auch zunehmend gut gemacht. Ich hoffe, dass wir weiterhin gut zusammenarbeiten werden, auch wenn ich die Seite wechsle und als Gemeinderat arbeiten werden. Ich hoffe, dass ich zum Wohl der Gemeinde weiterhin ein gutes Gegenüber bin, sodass wir gute Lösungen erarbeiten können.

Urs Müller: Ich möchte noch rasch etwas sagen: Christian, ich möchte dir im Namen der Grünen herzlich danken für deine Amtszeit. Du hast das souverän gemacht. Wir denken jetzt nicht an die Birken- und Fliederstrasse am Schluss. Aber dein Erfolg ist messbar, denn wir haben keine Sitzung gehabt, bei der wir mit der Taschenlampe raus mussten. Das war auch schon der Fall, weil es morgens um 1 Uhr war. Ein anderer Erfolg ist, du musstest nie, wie dein Kollege aus dem englischen Parlament: „Order!“ rufen.

Wir haben noch ein kleines Geschenk, damit du auch weiterhin nicht aus Plastik dein Getränk zu dir nehmen musst. Als wir das Geschenk vorbereitet haben, wussten wir noch nicht, dass da draussen so viele Rollen sind. Vielleicht wäre so eine Rolle auch etwas für deine zukünftige Arbeit gewesen.

Verabschiedung des Gemeindeammanns

Linus Egger, Vizeammann: Dieter, Du hast dich entschlossen, auf Ende 2019 als Gemeindeammann zurückzutreten. Du hast deine politische Laufbahn mit der Wahl in den Einwohnerrat im Jahr 2002 gestartet. Im Jahr 2004 bis du zum höchsten Obersiggenthaler gewählt worden. Das war sicher der Höhepunkt deiner politischen Laufbahn. Höchster Obersiggenthaler kann nicht jeder werden. Das ist für Einzelne eine spezielle Ehre. Du hast die in den Jahren 2004 und 2005 erhalten.

Total bist du 12 Jahre im Einwohnerrat gewesen. Hast dort politisiert und bist neben dem Fraktionspräsidenten auch noch Parteipräsident gewesen. Für mich also ein typischer politischer Doppelverdiener. Über das Honorar reden wir nicht, da besteht Stillschweigen.

Am 22. September 2013 bis du in den Gemeinderat und am 24. November im zweiten Wahlgang als Gemeindeammann gewählt worden. In deiner Amtszeit als Gemeindeammann bist du von Amtes wegen in folgenden Kommissionen tätig gewesen:

Planungskommission und Verkehrskommission, Sportkommission, Ortsbürgerkommission, Kulturkommission, Kommission öffentlicher Raum, Kommunikationskommission, Friedhofkommission, Forstbetriebskommission, Verwaltungsrat Fernwärme, Baden Regio und Jurierung Häfelerhau.

Wie ihr seht, muss der Ammann in einigen Kommissionen von Amtes wegen vertreten sein.

Das sind zum Teil sehr aufwändige Kommissionen, die eine grosse Flexibilität verlangen.

Du hast dich entschieden, aufzuhören. Du hast mir mal unter vier Augen gesagt: Ab dem Jahr 2020 habe ich wieder mehr Zeit für die Enkelkinder. Das ist ein verantwortungsvoller Job. Ich rede aus Erfahrung. Wir haben uns ein Geschenk überlegt: Ein Gutschein für das Hotel Vogel-sang oberhalb des Sempacher Sees. Da kannst du dich zusammen mit deiner Frau erholen, und dich darauf vorbereiten, deine Enkelkinder zu geniessen. Im Geschenk hat es auch noch eine Flasche Wein. Den kannst du zur Erholung trinken, wenn du die Enkelkinder wieder abgegeben hast. Denn die sind manchmal anstrengend. Dann gibt es noch Nussbaumer Nüsse, damit du dich stärken kannst.

Wir wünschen dir für die Zukunft Gesundheit und alles Gute.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Herzlichen Dank. Meine Amtszeit ist schon fast Geschichte. Wenn ich zurückblicke, dann kann ich sagen, dass ich nun während 18 Jahren an den Einwohnerratssitzungen teilgenommen habe. 8 Jahre auf eurer Seite und 10 Jahre auf dieser Seite (inkl. 2 Jahre als Vizepräsident und 2 Jahre als Präsident).

Prägend für meine ganze Amtszeit war die finanzielle Situation der Gemeinde. Der Einbruch der Steuereinnahmen, der mit dem Beginn meiner Amtszeit zusammengefallen ist. Dieser Einbruch hat eine relativ lange Zeit des finanziellen Wohlstandes in Obersiggenthal unterbrochen. Wir mussten eine Finanzierung der Pensionskasse machen, haben CHF 5 Mio für das Gäsliacker bezahlt. Damals hatten wir noch hohe Steuereinnahmen und konnten Schulden tilgen.

Plötzlich waren Begriffe wie Sparen, Gürtel enger schnallen, Zitrone ist ausgedrückt angesagt. Dies erforderte auch vom Gemeinderat ein Umdenken, ausser bei Linus, der als Controller immer schon so gearbeitet hat. Die grösste Veränderung musste in der Verwaltung durchgesetzt werden. Dies war ein langwieriger Prozess, der nur langsam von statten ging. Es entwickelte sich ein „Sich nach innen wenden“.

Der Einwohnerrat hat früher angekündigte, aber noch nicht abgeseignete Beteiligungen (Kurtheater, Tägi) gestrichen. Dies hat mir bei Baden Regio die eine oder andere Kritik eingebracht. Selbstverständlich habe ich Obersiggenthal immer verteidigt.

Irgendwie habe ich diese Amtszeit auch etwas als lähmend empfunden. Man konnte nicht aus dem Vollen schöpfen. Bei allem, was die Gemeinde gemacht hat, musste man immer mit einer gewissen Zurückhaltung handeln. Das ist für alle nicht ganz einfach gewesen.

Nichts desto trotz hat der Gemeinderat während der vergangenen 6 Jahren doch einiges erreicht und das Beste aus seinen Möglichkeiten gemacht, z.B.

- Schulraumplanung (mit Bau des Kindergartenpavillons)
- Eröffnung des Goldilands
- Strukturelle Veränderungen in der Verwaltung
- Umsetzung der BNO auf den grossen Baufeldern angestossen, wo zwischenzeitlich überall Projektwettbewerbe oder Studienaufträge durchgeführt worden sind.
- Einsetzung der Geschäftsleitung
- Aktuell: Das Sanierung des Hallenbaddaches

Was ich auch festgestellt habe in meiner Amtszeit: Es ist sehr dienlich, wenn man als Gemeindeammann eine dicke Haut hat. Und damit bin ich glücklicherweise gesegnet.

Ich danke dem Rat für die gute Zusammenarbeit und wünsche einen weiterhin guten Betrieb, interessante Geschäfte und vor allem einen gepflegten Umgang untereinander.

Christoph Villiger: Lieber Dieter, jetzt ist es soweit. Ich erlaube mir einen kurzen Rückblick auf deine Zeit als Gemeindeammann aus Sicht von der FDP-Fraktion. Deine Amtszeit, das haben wir schon vorher mehrfach gehört, ist geprägt gewesen durch substantielle Veränderungen in Obersiggenthal. Ein ganz wichtiges und schönes Ereignis war die Realisierung von zeitgemässen Tagesstrukturen mit dem Neubau des Goldilands. Ein Projekt, das zwar schon vor deiner Zeit angestossen wurde, aber du hast es konsequent verteidigt und hast dich engagiert und politische Widerstände überwunden. Der Erhalt von unserer grossartigen, wie auch teuren Infrastruktur ist dir am Herzen gelegen. Das hat man gemerkt. Du hast immer wieder auf deren Bedeutung hingewiesen, und das hat dir nicht nur immer Applaus eingebracht. Die knappen finanziellen Ressourcen sind ein weiteres, fast omnipräsentes Thema gewesen während deiner Amtszeit. Du hast darauf hingewiesen, dass das reduzierte Budget nicht zu einem Leistungsabbau führen darf. Die Meinung hast du konsequent vertreten und diese Überzeugung hat dir das Leben mit unserer Fraktion auch nicht immer einfach gemacht. Die Entwicklung der grossen Baufelder, z.B. Markthof Schild Ost oder das Oederlin-Areal, sind deine Steckenpferde gewesen. Weiterentwicklung hast du stets gefördert und wir sind sehr gespannt, wie das mit diesen für die Gemeinde sehr wichtigen Projekten weitergehen wird. Lieber Dieter, bekanntlich hat alles ein Ende (nur die Wurst hat zwei...). Nach fast 6 Jahren Amtszeit, 35 Einwohnerratssitzungen und 270 Gemeinderatssitzungen ist der Zeitpunkt gekommen, dass das Zepter in neue Hände übergeht. Das mittlerweile eingeführte Geschäftsleitungsmodell hast du seit 2017 im Rahmen deiner Wiederwahl proaktiv gefördert. Damit fällt es dir heute leichter, loszulassen, auch wenn die Gemeinde Obersiggenthal auch zukünftig nicht nur finanzielle, sondern auch weitere Herausforderungen bestehen muss. Wir danken dir, Dieter, für deinen Einsatz für Obersiggenthal und wünschen Dir und Bernadette für den nächsten Lebensabschnitt alles Gute, viel Freude, Zeit für Neues und Schönes und vor allem beste Gesundheit. In diesem Sinn, liebe Bernadette und lieber Dieter, macht und behaltet es gut. Und wir übergeben gerne noch einen Blumenstrauss und regionale Produkte.

Christian Keller: wir kommen zum Schluss. Ich wünsche euch einen friedlichen Arbeitsausklang zusammen mit euren Familien. Einige von euch sehe ich sicher nächsten Montag zur Diskussion über die OASE.

Der Präsident:

Christian Keller

Die Protokollführerin:

Romana Hächler